Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt) Robert Visorius, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg-Neustadt. Druck von Franz Vethge, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eingang Schrotdorferstraße). Fernsprech-Anschluß Nr. 1587.

Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährl. (inkl. Bringerlohn) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pfg. Per Kreuzband in Deutschland monatl. 1 Exemp. 1,70 Mk., 2 Exempl. 2,00 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährl. 2 Mk., monatl. 70 Pfg. Bei den Postanstalten 2,50 exkl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (reichl. der Romanbeilage, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pfg. Insertionsgebühr die fünfgespaltene Petitzeile 15 Pfg. Post-Zeitungsliste Nr. 7779.

Nr. 22. **Magdeburg, Donnerstag, den 26. Januar 1899.** **10. Jahrgang.**

Die heutige Nummer umfaßt 8 Seiten.

Fort mit den Gewerbegerichten.

Gegen die Schwurgerichte und Gewerbegerichte wird neuerdings Sturm gelaufen — man dringt auf Beseitigung der winzigen Resultate „liberaler Aera", sowie „neudeutscher Sozialpolitik der 90er Jahre". Die Angriffe gegen diese von Juristen und Laien besetzten Gerichte kommen aus den Kreisen der Juristen, die in dem Hervortreten des Laienelements eine Herabwürdigung ihres Standes und Schmälerung ihrer Befugnisse erblicken. Daß dieser Agitation sich auch nationalliberale Blätter anschließen, wird niemand wundern, der das Wesen des Liberalismus erkannt, der Zug um Zug seine in früheren Jahren verfochtenen Ideale preisgiebt und sich von dem Konservativismus nur noch dem Namen nach unterscheidet.

An der Spitze dieser Bewegung finden wir die Magdeburgische Zeitung, die einem längeren Artikel an leitender Stelle Raum gegeben, der sich mit den Anträgen im Reichstage beschäftigte, die auf **die Ausdehnung des Geschäftskreises der Gewerbe-Gerichte** und auf die Einführung kaufmännischer Schieds-Gerichte abzielen.

Mit lebhaften Bedauern hat der Artikelschreiber davon Kenntnis genommen, daß eine erhebliche Mehrheit der Volksvertreter der erweiterten Anwendung dieser Form der Laiengerichte sehr geneigt ist, und der Vertreter der verbündeten Regierung eine keineswegs ablehnende, sondern nur delatorische Erklärung abgegeben hat.

Angsterfüllt über das Schicksal unserer gelehrten Richter ruft der Artikelschreiber aus: Wenn diese Strömung Erfolg hat, was soll dann aus unseren Amtsgerichten werden? Die Losung sei gegenwärtig nicht mehr Gewerbegericht neben Amtsgericht, sondern Gewerbegericht oder Amtsgericht. Auf die Wünsche der Berufskreise eingehend, die sich für die Erstreckung der Gewerbegerichte oder gewerbegerichtlicher Bildungen auf Dienstboten und kaufmännische Angestellte, sowie Schaffung von Laiengerichten für land- und forstwirtschaftliche Streitigkeiten äußern, bemerkt Artikelschreiber, daß eine Grenze dieser Bewegung gar nicht abzusehen ist und es keinem Stande oder Berufe übel gedeutet werden kann, wenn sie gleichfalls der Vorteile und Segnungen der neuen Einrichtungen teilhaftig werden wollen. Wir brauchen wohl nicht besonders hervorzuheben, daß die Sozialdemokratie einer derartigen Zerklüftung gewerbegerichtlicher Befugnisse abhold ist, das Obligatorium der Gewerbegerichte erstrebt, denen nicht nur die gewerblichen Arbeiter oder Arbeiterinnen, sondern auch die Dienstboten, kaufmännischen Angestellten, sowie land- und forstwirtschaftliche Arbeiter und Arbeiterinnen unterstellt sein sollen.

In dem Artikel der Magdeburgischen Zeitung wird nun (und zwar nicht mit Unrecht) der Befürchtung Raum gegeben, daß jeder weitere Schritt in der vorgeschlagenen Richtung mit Notwendigkeit entweder zur **Beseitigung,** oder doch zur **äußeren** und **inneren Verkümmerung der Amtsgerichte** führen muß. Und dieses Ziel wird für nicht erstrebenswert gehalten, da „in weitem Umfange der preußische Richter aus der Geschichte verschwindet".

Wir würden dem Verschwinden der preußischen Richter keine Thräne nachweinen, d. h. dem Verschwinden jener Institute, in denen der gelehrte Richter ausschließlich dominiert. Wir sind deshalb Freunde der Laiengerichte, die sich aus vom Volke gewählten Richtern zusammensetzen sollen und erklären uns auch für unentgeltliche Rechtspflege. Der heutige gelehrte Richter ist zumeist dem sozialen Leben entrückt, er rekrutiert sich aus den Kreisen der Besitzenden, hat mit dem Fühlen und Denken breiter Schichten des Volkes vielfach nichts gemein, wird demzufolge sein Urteil seinen sozialen und politischen Anschauungen anpassen, weshalb das Volk viele Urteile nicht versteht und nicht in Einklang zu bringen vermag mit seinem Rechtsbewußtsein. Wir können uns Beweise für diese Behauptung entschlagen. Und wenn hier Wandel geschaffen werden kann, so ist dies nur segensreich für das Volk und wird von allen, die der heutigen Rechtspflege unfreundlich, ja feindlich gegenüberstehen, als ein Kulturfortschritt von eminenter Bedeutung betrachtet werden.

Wodurch die Gewerbegerichte sich vorteilhaft von den Amtsgerichten unterscheiden, ist, abgesehen von der Besetzung der ersteren durch Laien, die erhebliche Beschleunigung des Verfahrens und dessen Billigkeit, das Bestreben eine gütliche Beilegung des Rechtsstreits herbeizuführen. Dies alles erklärt sich aus den Befugnissen, die den Gewerbegerichten zustehen.

Die Kardinalfrage, ob Gewerbegericht oder Amtsgericht beantwortet der Artikelschreiber damit, daß den Amtsgerichten **die Befugnisse der Gewerbegerichte** übertragen werden. Eine derartige „Reform" würde uns „die Ausnutzung unseres bewährten Richterstandes sichern, der vielleicht doch noch mehr allseitiges Vertrauen genießt, als die meist nach politischen Gesichtspunkten gewählten Beisitzer der Gewerbegerichte; die Bevölkerung vor einer neuen ehrenamtlichen Belastung bewahren und — jetzt zeigt sich der Pferdefuß — der Sozialdemokratie die Möglichkeit berauben, nicht mit der Rechtspflege bewußten Mißbrauch zu treiben."

Daß die „nach politischen Grundsätzen gewählten Beisitzer der Gewerbegerichte" mit der Rechtspflege „bewußt Mißbrauch" treiben, wagt der Artikelschreiber nicht zu behaupten; er gesteht selbst, daß **„Rechtsbeugungen durch ihre Anhänger zwar behauptet, jedoch noch nicht bewiesen worden sind".** Aber „die Möglichkeit" setzt der Artikelschreiber voraus. Und auf diese „Möglichkeit" hin soll das schaffende und werkthätige Volk **auf die Gewerbegerichte verzichten,** soll es **den Amtsgerichten, den Berufsrichtern ausgeliefert** werden, die „noch mehr allseitiges Vertrauen genießen, als die meist nach politischen Gesichtspunkten gewählten Beisitzer des Gewerbegerichte".

Daß wir uns einer derartigen Forderung mit aller Macht erwehren, versteht sich am Rande. Der Uebertragung der Befugnisse der Gewerbegerichte auf die Amtsgerichte **setzen wir das Obligatorium der Gewerbegerichte, die Ausdehnung ihrer Befugnisse auf weitere gewerbliche Kreise der Bevölkerung entgegen.** Wir haben Vertrauen zu dem Laienelement und dessen Rechtsbewußtsein und können (die Thätigkeit unseres Richtermaterials außer Betracht gelassen) nicht einstimmen in das Lob, das der Unparteilichkeit und Objektivität neudeutscher Rechtspflege gespendet ist.

Daß der Artikelschreiber seinen ganzen Groll auch über die Organisation der Gewerbegerichte entladet, erwähnen wir nur nebenbei. Seine Behauptung, daß **die Wahlen der Beisitzer zur Förderung parteipolitischer Zwecke, zur Agitation und Verhetzung benutzt werden,** ist zu dumm, um ernsthaft gewürdigt zu werden.

Daß der Artikelschreiber das Produkt seines juristischen Geistes in den Spalten der Magdeburgischen Zeitung lagert, wundert uns nicht weiter, uns wundert nur, daß die Magdeburgische Zeitung kein Wort der Kritik findet. Der von diesem Blatte vertretene „Liberalismus" und die von diesem **geheuchelte** Arbeiterfreundlichkeit, von der ja erst jüngst wieder soviel geredet und geschrieben wurde, ist auf das Beste gerichtet.

Die Arbeiterschaft wird die Lehre aus diesem Verhalten ziehen.

Deß sind wir sicher! —

Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Wie die Reußische Tribüne in Gera mitteilt, ist Genosse Dr. Helphand (Parvus) aus Reuß j. L. ausgewiesen worden, wohin er sich nach seiner Ausweisung aus Sachsen begeben hatte. In dem Ausweisungsbefehl heißt es, daß das Ministerium erfahren habe, Dr. Helphand sei wegen seiner sozialrevolutionären Gesinnung aus Preußen und Sachsen ausgewiesen. Weiter, daß nach Erkundigungen über seine hiesige Lebensweise er dieselbe Gesinnung bethätigt und er deshalb innerhalb 24 Stunden unser Staatsgebiet zu verlassen habe. —

Der Formstecher Zeitz in Hildesheim ist seiner Funktion als Schulvorsteher enthoben. Zeitz gehörte der sozialdemokratischen Partei an. Dies erklärt alles.

Der Anarchisten will sich auch die Hallesche Polizei vergewissern. Vor einigen Tagen wurden eine Anzahl dortiger Anarchisten unter den nichtigsten Vorwänden nach dem Polizeibureau bestellt, wo ihre Personalien genau festgestellt wurden. Auch eine Handschriftprobe wurde verlangt und unerklärlicherweise erklärten sich auch sämtliche der Citierten bereit, eine solche zu geben. Das Ansinnen, Messungen vorzunehmen, wurde nicht gestellt. —

Ueber die Schädigungen der deutschen Exportindustrie durch die Ausweisungen in Nordschleswig dringen weitere Klagen in die Oeffentlichkeit. So ist neuerdings eine große Werkzeugmaschine, deren Wert auf 30 000 Mark bemessen wird, nach Amerika vergeben worden, obwohl das deutsche Fabrikat 10 Prozent billiger ist. Weiter hat die dänische Regierung für zwei Millionen Lokomotiven mit dem ausdrücklichen Bemerken vergeben, deutsche Konkurrenten nicht berücksichtigen zu können. —

In der ultramontanen Kölnischen Volkszeitung lesen wir: Im Oktober haben im Kultusministerium unter persönlicher Leitung des Ministers Konferenzen der sämtlichen Rektoren der preußischen Universitäten stattgefunden. Dort wurde auch über den Unfleiß der Studenten, namentlich der Juristen, gesprochen. Dabei sagte Professor Schmoller: Der Unfleiß wird nicht aufhören, so lange es preußische Minister giebt, deren erste Frage bei der Vorstellung jüngerer Beamten ist: „In welchem Korps sind Sie gewesen?" Dieser Scherz kann als Randbemerkung zu unserem heutigen Leitartikel betrachtet werden. —

Gegen die Anerkennung des Charfreitags als gesetzlichen Feiertag spricht sich die Centrumspresse aus, welche in dem Antrage ein Mittel zur Abschaffung der katholischen Feiertage erblickt. Wir können uns also auf hübsche Auseinandersetzungen zwischen Protestanten und Katholiken gefaßt machen. —

Der Präsident des Landgerichts in Beuthen, **Dr. Wyszomirski, ist zum Reichsgerichtsrat befördert** worden. Diese Beförderung wird in der Presse aller Parteien eingehend besprochen und mit einem Entscheide des Reichsgerichts in Verbindung gebracht, der Bezug nimmt auf die Verurteilung unseres Parteigenossen Dylong in Königshütte zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis wegen Verbreitung eines von ihm verfaßten politischen Flugblattes strafbaren Inhalts. Das Urteil wurde vom Landgericht in Beuthen gefällt. Das Reichsgericht hatte das Urteil aufgehoben und dasselbe in seiner Begründung wie folgt kritisiert: „Das Urteil enthalte so viel Unfertigkeiten, daß es nicht aufrecht erhalten werden könne. Es lasse zunächst jeden Aufschluß darüber vermissen, ob das Gericht selbst sich über die Grenze zwischen der Behauptung von Thatsachen und der Kritik bezw. dem Ausspruch eines Urteils klar geworden sei. Es seien doch Bedenken möglich, daß unter dem, was das Gericht als Behauptung von Thatsachen auffasse, nur allgemeine Urteile zu verstehen seien. Viel bedenklicher sei die Feststellung des subjektiven Thatbestandes. Hier sei nur festgestellt, der Angeklagte hätte wissen müssen, daß die von ihm verbreiteten Thatsachen unwahr seien. Diese Feststellung schließe den Verdacht nicht aus, daß das Gericht eine bloße Fahrlässigkeit für ausreichend gehalten habe. Bei der Steuergesetzgebung sei zwar das Wissen des Angeklagten angenommen worden; dies könne aber das Urteil nicht tragen, zumal bei der exorbitant hohen Strafe noch andere Momente maßgebend gewesen sein müßten. Bedenklich sei die Annahme, daß der Reichstag, soweit er Gesetze beschließe, als die Staatseinrichtung angesehen worden sei, während eine solche nur in dem Bestehen der gesetzgeberischen Körperschaft gefunden werden könne. Was die Verächtlichmachung von Anordnungen der Obrigkeit betreffe, so könne das Gesetz nur dann Anwendung finden, wenn es sich um wirklich existierende Anordnungen handle." Vom Leipziger Tageblatt und dem Reichsboten wird behauptet, der preußische Justizminister habe Bericht über den Fall eingefordert und aus dem Umstande, daß Wyszomirski zum Reichsgerichtsrat befördert worden ist, geschlossen, daß die Nachprüfung des Herrn Schönstedt nicht zu Ungunsten des Beuthener Gerichts ausgefallen sei. Besteht, wie jene Blätter vermuten, ein Zusammenhang zwischen der Reichsgerichts-Entscheidung und der Reichsgerichtsrats-Ernennung, so ist eine parlamentarische Erörterung der Angelegenheit dringend geboten. —

Nachrichten aus dem Auslande.

Die Abrüstungskonferenz wird nicht in Kopenhagen sondern in Brüssel tagen. Wann wird das Spiel sein Ende nehmen, das mit der Abhaltung der Konferenz getrieben wird? —

Die belgischen ultrakleritalen Minister de Smet de Nayer und Nyssens haben Entlassungsgesuche eingereicht, die auch vom Könige genehmigt worden sind. Die klerikale Presse ist darüber sehr ungehalten und bezeichnet die Entlassung als einen Sieg des Liberalismus. —

Nach Angaben eines Berichterstatters will Esterhazy am Montag in der Kriminalkammer über seine Beziehungen zum Generalstab ausgesagt haben und gedenkt Dienstag über seine Beziehungen zu fremden Militärattachés auszusagen. —

Der spanische Gouverneur der Insel Polavoa ist mit seinen Offizieren von den Eingeborenen ermordet worden.

Parlamentarische Nachrichten.

Stimmungsbild aus dem Reichstage.

-t- Berlin, den 24. Januar 1899.

Der Staatssekretär Graf Posadowsky erhielt heute endlich nach fünftägiger Verhandlung sein Gehalt bewilligt. Dem Bewilligungsakt ging noch eine fünfstündige, sozialpolitische Debatte voraus, die Herr Adolf Stöcker einleitete. Der teure Gottesmann ist recht alt geworden in den letzten fünf Jahren, die er dem Reichstag nicht mehr angehört hat. Seine Züge sind etwas erschlafft, seine Stimme hat die frühere Wucht nicht mehr, aber sein Haß gegen die Sozialdemokratie ist der alte geblieben. Herrn Stöckers Rede fesselte das Haus von Anfang an, denn er ist eine starke Persönlichkeit und ein kluger Kopf, der alle seine Nachbarn auf der rechten Seite an Geist bedeutend überragt. Seine Klugheit sagt ihm auch, daß mit Unterdrückungsmaßregeln die Sozialdemokratie am allerschwersten zu bekämpfen ist und so hörte man ihn manches Verständige sagen, ja häufig ertönte auch Beifall auf der Linken, so, als er gegen das Umsturzgesetz, gegen die Versuche, die Koalitionsfreiheit zu verkümmern, Front machte.

In der folgenden Debatte wurden vielerlei Spezialwünsche laut. Der freisinnige Abg. Müller, ein Amtsrichter aus Meiningen, wünschte den Beitritt Deutschlands zur internationalen Patentunion und zeigte an Beispielen aus seiner richterlichen Erfahrung, daß das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb seinen Zweck in keiner Weise erfülle. Dann stimmten unsere Genossen Horn, Hoch, Albrecht und Schwartz ein berechtigtes Klage-Quartett an über Mißstände in der Glas- und Porzellanbranche, im Baugewerbe, in der Konfektions- und Metallindustrie. Das eingehende Material, das unsere Genossen vorbrachten, veranlaßte den Staatssekretär zu wiederholten Malen das Wort zu nehmen. Er hatte immer ein paar freundliche Worte zur Hand. Aber der Worte sind genug gewechselt nun, Graf Posadowsky sollte endlich Thaten sehen lassen. —

* * *

Die Verhandlungen im Reichstage.

(Eigener Bericht.)

-n. Berlin, den 24. Januar 1899.

Am Tische des Bundesrats: Graf Posadowsky.

Die zweite Beratung des Etats wird fortgesetzt beim Spezialetat des Reichsamts des Innern, Titel Staatssekretär, zu dem ein Antrag des Abg. Prinz zu Schönaich-Carolath (Hosp. der Natlib.) vorliegt: „Der Reichstag wolle beschließen, den Herrn Reichskanzler zu ersuchen, als Beihilfe zu den Kosten der Errichtung eines Goethe-Denkmals in Straßburg i. E. den Betrag von 50 000 Mark durch Nachforderung in einem Ergänzungsetat für das Rechnungsjahr 1899 einzustellen.“

Abg. Stöcker (wildkons.):

Die Christlich-Sozialen, die ich hier vertrete, sind der Ueberzeugung, daß man die Sozialdemokratie nicht bekämpfen kann, wenn den sozialen Bedürfnissen des Volkes nicht Genüge geschieht. Sie wünschen die Erfüllung der Februarerlasse, die Anerkennung der Berufsvereine, aber auch die Errichtung von Einigungsämtern, während sie die Koalitionsfreiheit nicht angetastet wissen wollen, da das noch Wasser auf die Mühle der Sozialdemokratie wäre. In den letzten Jahren ist es mit der sozialen Reform recht langsam vorwärts gegangen. Die soziale Gesetzgebung krankt nicht am Tempo, sondern an der Temperatur. Welch eine Begeisterung herrschte doch 1881—93 und dabei doch ein ausgesprochen christlicher Geist! Damals war die Förderung der Sozialgesetzgebung eine Gewissenssache für unsern alten Kaiser, für unsern jungen Kaiser. Jetzt ist eine gewisse Kälte eingetreten, und mit kaltem Herzen kann man keine Reform machen.

Betrachten wir einmal die geschichtliche Entwicklung: die englische Sozialdemokratie und der deutsche Liberalismus. Beide haben Revolutionen gemacht; die deutsche Sozialdemokratie aber hat nur damit gedroht. Jetzt hat sie eingesehen, daß bei diesen beständigen Drohungen nichts herauskommt und einen vollständigen Frontwechsel durchgemacht. Auf dem Stuttgarter Parteitag hat Herr von Vollmar gesagt: „Die Kommunarden hätten dem Vaterlande besser gedient, wenn sie geschlafen hätten.“ So entwickelt sich jetzt die Sozialdemokratie positiv. Herr Schippel ist ganz offen für den Schutzzoll eingetreten. Das ist doch wenigstens ein Anfang, und es wäre gefährlich, durch ein solches Gesetz, wie es uns bevorsteht, die Gegner wieder in ihre alte Richtung zurückzudrängen. Derartige Anträge entspringen gerade dem nervösen Dilettantismus, vor dem Herr Graf Posadowsky warnte. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Terrorismus der Arbeiter ist gewiß sehr zu beklagen, besonders in sittlicher, religiöser Hinsicht. Es wurde mir vielfach gesagt, daß die Arbeiter nicht den Mut haben, ihre religiösen Pflichten zu erfüllen aus Furcht vor dem Spott ihrer Kollegen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ich habe in den letzten Monaten von großen Strafen gelesen, die die Arbeiter für ihre Bedrohung Arbeitswilliger erhielten. Wir stehen doch also nicht so wehrlos da. Gerade in den sittlich, religiös und monarchisch empfindenden Kreisen des Volkes ist man sich ja nicht klar darüber, ob die Sozialdemokratie oder die Ptutokratie die eigentliche Wurzel unseres Elends ist. Wenn wir gegen Gewaltthätigkeiten der Arbeiter vorgehen, müssen wir auch die Syndikate der Ringe bekämpfen und die Arbeiter gegen schwarze Listen schützen.

Die Zahl der Streiks, wenn auch nicht die der Streikenden, hat allerdings zugenommen und die meisten, etwa 63 Prozent, sind für die Streikenden günstig ausgefallen: ja, sie haben sogar oft die Sympathien aller auf ihrer Seite gehabt, wie z. B. der Streik der Mäntelnähterinnen. Man kann wirklich die Streiks nicht ohne [illegible] erfolglos bezeichnen, und der Schaden für die Industrie ist nicht allzu groß. Von 2 000 000 000 Arbeitstagen sind etwa 1 250 000 verloren gegangen. Herr Kollege Schrempf wünscht die Abschaffung der Streiks durch obligatorische Einigungsämter. Ich wünsche zwar auch Mittel und Wege zur gütlichen Einigung, halte aber Herrn Schrempfs Verlangen für utopisch. Dagegen ist eine Arbeitervertretung im Sinne der Februarerlasse notwendig. Gesonderte Arbeiterorganisationen sind unerläßlich. So brauchen wir eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit, Fürsorge für die Witwen und Waisen der Arbeiter usw. Vor allem muß auch das Wohnungselend der großen Städte beseitigt werden. Auch die sittliche Erziehung der Juden (stürmische Heiterkeit) der Jugend ist von nicht zu überschätzendem Wert. Ich appelliere an das Gewissen aller Stände, mitzuwirken an dem Ausbau der Sozialreform auf sittlicher und christlicher Grundlage.

Abg. Dr. Müller-Meiningen (freis. Vp.)

möchte anregen, daß Deutschland endlich der internationalen Union zum Schutz des gewerblichen Eigentums, der sogen. internationalen Patentunion, beitrete, der außer Deutschland z. Z. nur noch Rußland nicht angehört. Redner geht dann noch auf einige Mängel des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb ein und führt aus seiner Erfahrung eine Anzahl Fälle an, die die Unzulänglichkeit dieses Gesetzes beweisen. Er hält eine amtliche Uebersicht über die bisherigen Wirkungen dieses Gesetzes für sehr angebracht.

Abg. Böckel (Wild-Antis.)

befürwortet die Einrichtung einer deutschen Nationalbibliothek.

Abg. Hasse (natlib.)

lenkt die Aufmerksamkeit des Hauses auf die Südpolarforschung, die bisher nur von privater Seite begonnen und gefördert worden ist. Als erste Rate zur Ausrüstung einer Südpolarexpedition würden 200 000 Mark genügen. Das Reich darf sich solchen moralischen Verpflichtungen nicht entziehen.

Staatssekretär Graf Posadowsky

erwidert dem Abg. Müller, daß die Regierung lebhaft wünscht, Deutschland möchte der internationalen Patentunion beitreten. Die Verhandlungen werden wohl bald zu einem günstigen Ergebnis führen. Was das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb anbetrifft, so ist dies ja noch neu und die Rechtsprechung daher noch nicht überall gleichmäßig und sicher. Das wissenschaftliche Bedürfnis einer Südpolexpedition wird vom Herrn Reichskanzler anerkannt, sie ist aber noch nicht Gegenstand der Beratung bei den verbündeten Regierungen gewesen. Die Kosten würden ca. 1 100 000 Mark betragen, die auf 5 Etatsjahre zu verteilen wären. Auch England und Amerika bereiten für 1901 solche Expeditionen vor, so daß diese drei dann konzentrisch vorgehen könnten.

Abg. Horn-Sachsen (Sozialdemokrat):

Gestern ist so viel für die Interessen der Weinproduzenten gesprochen worden. Ich meine, was dem einen recht ist, ist dem andern billig: die Arbeiter haben genau das gleiche Recht auf Wahrung ihrer Interessen. Ich will heute nur speziell auf den Schutz der Arbeiter in Glashütten und Porzellanfabriken eingehen. Die sanitären Verhältnisse in den Glashütten sind geradezu jammervoll. Infolge der schlechten Ventilation des stets vorhandenen Schwefeldunstes und des Aschenstaubes sind Rheumatismus, Katarrh, Schwindsucht unter den Arbeitern außerordentlich verbreitet. Die durchschnittliche Lebensdauer der Arbeiter in diesen Betrieben beträgt nach einer Statistik 35 Jahre. (Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.) Ebenso schlecht steht es mit dem wirtschaftlichen Schutz der Arbeiter. Die Arbeitsordnungen enthalten oft Bestimmungen, die geradezu ungesetzlich sind. Redner führt eine Anzahl Fälle an, die beweisen, wie die Unternehmer selbst die wenigen zum Schutze der Arbeiter erlassenen Bestimmungen mißachten.

Ich will auch darauf hinweisen, daß die Innehaltung der Sonntagsruhe in Glashütten und Porzellanfabriken viel zu wünschen übrig läßt. Auch die Arbeiter haben das Recht, ihre Interessen zu wahren. Verkümmern Sie ihnen das Koalitionsrecht, so nehmen Sie ihnen die Möglichkeit, sich gegen solche Zustände zu wehren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Hoch (Sozialdemokrat):

Der bisherige Verlauf der Debatte über die Sozialpolitik hat ergeben, daß eigentlich niemand außer Herrn von Stumm und etwa der Rechten vollständig damit einverstanden ist, wie die Regierung Sozialpolitik treibt. Trotzdem erklärte aber Graf Posadowsky, daß keine Ursache zur Unzufriedenheit vorliege und daß der Staat nicht alle zu befriedigen vermöge. Darin hat er recht, was die vergeblichen Bemühungen anlangt, die Sozialdemokratie zu vernichten. Die Arbeiter aber wissen genau, was sie vom Staat zu fordern haben und bestehen darauf, daß er seine Versprechungen auch erfüllt. Wenn aber auch die bescheidensten Forderungen nicht erfüllt werden, haben die Arbeiter wohl Grund zur Unzufriedenheit. Alle Parteien des Hauses stimmen z. B. darin überein, daß die Gewerbeaufsicht an sich eine sehr segensreiche Einrichtung ist. Um so weniger begreifen es die Bauarbeiter, daß sie noch immer von der Gewerbeaufsicht ausgeschlossen sind. Sie existiert seit 1878; im Jahre 1890/91 wurde ihnen versprochen, sie unter Gewerbeaufsicht zu stellen, da 1878 an Bauarbeiter noch nicht gedacht worden war; aber das Versprechen wurde noch immer nicht erfüllt. Die Polizei hätte nun wenigstens die Pflicht, für die Ausführung der Schutzbestimmungen zu sorgen; aber das thut sie in keiner Weise. Das ganze Gesetz ist leider nur Buchstabe geblieben. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Hierüber wird in allen Berichten der Gewerbeinspektoren Klage geführt und selbst Herr v. Stumm hat anerkannt, daß die Polizei die ihr in dem Gesetz zugewiesene Aufgabe nicht erfüllen kann. Hierzu gehört ein sachverständiges Auge. Ein früherer Unteroffizier hat aber die Sachkenntnis nicht. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In einzelnen Städten sind zwar besondere Beamte dafür eingesetzt worden, aber eine so verschwindend geringe Anzahl, daß sie nicht ins Gewicht fällt. Der betreffende Abschnitt des Unfall-Versicherungs-Gesetzes ist ja nur auf unsere Anregung hin entstanden. Im ersten Entwurf fand sich dieser Punkt gar nicht, ist zwar schließlich aufgenommen worden, aber nicht ganz in unserem Sinne, weshalb wir dagegen stimmten. Es war falsch, die Kontrolle und die Ausführung des Gesetzes den Berufsgenossenschaften zu überlassen, also den Unternehmern selbst. Was aber da geleistet worden ist, ist ein reiner Hohn auf die Unfallverhütung. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Auf jeden Controleur kommen 1638 Betriebe mit 69 000 Arbeitern. Auf jeden Betrieb fallen nun mehrere Bauten: man muß also die Unzulänglichkeit der Kontrolle zugeben. In den letzten zehn Jahren haben die Unternehmer nicht einmal den guten Willen gezeigt, etwas zu thun. Sie haben alles versäumt. Ich will das reichliche Material, das ich für meine Behauptungen habe, hier nicht ausführlich vortragen. Es ist aber der Regierung unterbreitet worden; sie muß es kennen. Dem Präsidenten des Reichsversicherungsamtes, Herrn Dr. Bödicker, ist z. B. eine Denkschrift der Dresdener Bauarbeiter überreicht worden, woraufhin er versprach, persönlich alles zu thun, was in seinen Kräften stände. Obgleich er die Zusage noch schriftlich wiederholt hat, ist nichts geschehen. Ebensowenig Erfolg hatte eine Deputation beim Reichskanzler.

Eine Uebersicht über die Verhältnisse auf den Berliner Bauten sagt zur Genüge, wie die Sachen stehen. Dabei bestehen doch hier große Bauarbeiterorganisationen, die mit den Mißständen, so weit es möglich ist, aufgeräumt haben. Herr v. Posadowsky hat selbst hier im Reichstage erklärt: die Zustände im Baugewerbe sind schlecht, die Klagen durchaus berechtigt. Wir werden von Reichswegen eine Aufforderung an die Einzelregierungen ergehen lassen zur strengeren Durchführung des Gesetzes. Das klingt recht arbeiterfreundlich. Aber wenn die Einzelregierungen etwas hätten thun sollen, warum haben sie es dann nicht längst gethan? Das Recht dazu hatten sie ja stets. (Sehr richtig b. d. Sozd.) Versuche sind ja gemacht worden. Aber das genügt nicht. Es muß mehr geschehen!

Wir sollen Vertrauen zur hohen Regierung haben? Wir hatten es. Die Anträge, die in der Kommission dementsprechend von den Sozialdemokraten gestellt wurden, wurden sämtlich abgelehnt. Das Verlangen nach einer strengen Beaufsichtigung der Bau- und Arbeitsplätze, das Gerüste usw. ist durch einen Beschluß des Reichstages der Regierung vorgelegt worden; und Bebel erklärte: Angesichts der geradezu ungeheuerlichen Thatsachen, die eine Petition des Arbeiters Josef Fischer aus München aufdeckte, müsse dieselbe dem Reichskanzler als Material zu einer künftigen Aenderung des Unfallversicherungsgesetzes überwiesen werden. An diesem Tage traten die Redner der verschiedensten Parteien zusammen und erklärten sämtlich ihr Einverständnis mit dem Inhalt der Petition. Und was geschah hierauf, nachdem der Antrag Bebel einstimmig angenommen worden war? Der Reichskanzler veranlaßte, daß eine Erhebung angestellt werde.

Bei dieser Erhebung wurden die Arbeiter überhaupt nicht gefragt, ebenso wenig diejenigen Städteverwaltungen, von denen die Arbeiter lediglich die Einführung einer Bauaufsicht erzwungen hatten; gefragt wurden die Berufsgenossenschaften, von denen man wußte, daß sie nicht helfen wollten.

Durch einen derartigen Widerstand gegen eine so selbstverständliche Forderung zeigt die Regierung ja nur, wie es mit der Fürsorge für die Arbeiterklasse bestellt ist. Und da sage dann der Herr Staatssekretär wieder: Die Leute sind nur unzufrieden, weil sie gar nicht wissen, wie zufrieden sie eigentlich sein sollten!!! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Staatssekretär Graf Posadowsky

erwidert dem Abg. Hoch, er habe bereits in der vorigen Session erklärt, daß auf diesem Gebiete erhebliche Mißstände vorliegen. Aber mit dem Rundschreiben an die Regierungen, das sich sehr detailliert mit allen Einzelfragen beschäftigt, sei alles geschehen, was nach Lage der Sache geschehen konnte. Die Ausführung sei Sache der Einzelregierungen. Die Herren von der Sozialdemokratie mögen zunächst einmal das Resultat seines Rundschreibens abwarten.

Abg. Augst (südd. Volksp.)

fragt den Staatssekretär, was die Regierung gegen den Mangel an ländlichen Arbeitern zu unternehmen gedenke.

Staatssekretär Graf Posadowsky

sieht nicht ein, wie so etwas von Reichswegen geschehen könne.

Abg. Albrecht (Sozialdemokrat):

Wenn Herr Stöcker gesagt hat, er freue sich, daß wir Sozialdemokraten nicht mehr so revolutionär sind, sondern mehr reformatorisch handeln wollen, so könnte ich mit Recht sagen, der ganze Reichstag scheint sozialdemokratisch werden zu wollen. (Heiterkeit.) Es wä[re] hier ein förmliches Wettlaufen bei allen Parteien um die Gunst [des] armen Mannes. So ungefähr aber war das auch vor 3 Jahren [illegible] dem Konfektionsarbeiterstreik. Und heute? Da herrscht das gl[eiche] Elend in der Konfektionsindustrie wie vor 3 Jahren.

Redner giebt nun ein Bild der Zustände in der Konfekti[illegible] branche. Die Arbeitszeit beträgt teilweise 16 Stunden; so meldet [illegible] Gewerbeinspektor aus Ostpreußen. 25 Prozent aller Krankheite[illegible] dieser Industrie sind Krankheiten der Atmungsorgane. Und da[illegible] noch zu wenig — ich bin Fachmann — man kann da gut 50 [illegible] 60 Prozent annehmen. Die Verordnung der Regierung hat i[illegible] Zweck nicht erfüllt; sie trifft nur die größeren Werkstätten und bew[illegible] daß die Arbeit aus diesen in die Heimarbeit übergeführt wird. [illegible] Unternehmer beschäftigt nur 120 bis 140 männliche und weib[illegible] Arbeiter in Werkstätten, etwa 400 in Heimarbeit. (Hört! Hö[illegible] Herr von Posadowsky hat ein allmähliches Vorgehen in [illegible] Sozialreform empfohlen; wenn sie dasselbe Tempo einha[illegible] sollte wie in der Konfektionsindustrie, dann werden allerdi[illegible] noch Generationen in Elend verkommen. Redner tadelt sod[illegible] die Art, wie im allgemeinen der Bericht abgefaßt wird. [illegible] Deutsche Reich sollte wahrlich imstande sein, die Berichte den Abgeo[illegible]neten gedruckt zugehen zu lassen, damit sie sehen, wie es den Arbeit[illegible] eigentlich geht. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Schwartz (Sozialdemokrat)

tritt der Behauptung des Abg. Moeller von dem Terrorismus [der] Lübecker Arbeiterschaft entgegen. Gerade die Lübecker Arbeitersch[illegible] versicht ihr Recht lediglich mit Besonnenheit und Ruhe. Wie es a[illegible] mit dem Terrorismus der Lübecker Arbeitgeber steht, dafür nur [illegible] Beispiel: Ein Former giebt auf ein günstiges Angebot hin se[illegible] Stelle auf, um die neue anzunehmen. Sein neuer Brotherr erh[illegible] darauf ein Schreiben vom Lübecker Arbeitgeberverband, worin ihr a[illegible] gegeben wird, innerhalb dreier Monate den Former zu entlassen, w[illegible] er ohne jeden Grund die alte Arbeit verlassen hätte. (Hört! hör[illegible] Ist das hier Terrorismus oder nicht, Herr Staatssekretär. (Sehr gu[illegible] bei den Sozialdemokraten.)

Der Arbeitgeberverband hat als schärfste Waffe einen Arbeit[illegible]nachweis geschaffen. Als Schreiber fungiert in diesem ein Polizei[illegible]wachtmeister, der die Lübecker Arbeiterschaft in wahrhaft brutaler Wei[illegible] behandelt. Nun, die Lübecker Arbeiter werden den Unternehmern sch[illegible] zu gelegener Zeit die Rechnung präsentieren! (Sehr gut, bei d[illegible] Sozialdemokraten.) Der Abg. Möller hat behauptet, daß die Weigerun[illegible] von Formern, die Modelle einzuformen, es einer Reihe von hannover[illegible]schen Fabriken unmöglich gemacht hat, zu rechter Zeit zu liefern. J[illegible] gebe das zu, doch hat der Formerverband beschlossen, künftig von ein[illegible] Zurückweisung der Modelle abzusehen, weil hierdurch nur die Kämp[illegible] der Arbeiter erschwert werden.

Daß eine neue Seemannsordnung uns in dieser Saison no[illegible] nicht zugehen soll, bedaure ich sehr. Die Frage ist längst spruchrei[illegible] Schon 1897 hat Herr von Bötticher erklärt, daß die neue Seemanns[illegible]ordnung fertig gestellt sei und sich auf dem Wege zu den verbündete[illegible] Regierungen befinde. Wohin kommen wir denn, wenn wichtige Vor[illegible]lagen so auf die lange Bank geschoben werden. 44 000 Seeleute warte[illegible] seit Jahren auf dieses Gesetz. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Die Diskussion wird hierauf geschlossen, der Titel „Staatssekretär“ bewilligt.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.

Tagesordnung: 1. Antrag Hompesch (Ctr.) auf Aufhebung des Jesuitengesetzes. 2. Fortsetzung der Beratung des Antrages Agster (Soz.) betreffend die obligatorische Einführung der Gewerbegerichte. 3. Antrag Rickert auf Abänderung des Reichstagswahlrechts. 4. Antrag Hey (natl.) auf Einsetzung einer Reichskommission zur Beaufsichtigung der mehreren Staaten gemeinsamen Wasserstraßen. —

Stimmungsbild aus dem Abgeordnetenhause.

-x- Im preußischen Abgeordnetenhause wurde heute die erste Lesung des Etats beendigt und dieser selbst der Budgetkommission überwiesen. Zuerst hielt der Abg. v. Zedlitz, der Mitarbeiter der Stummschen Post und deshalb Zeitungs-Geheimrat genannt, eine lange Rede. Mit dreister Heißspornigkeit vertrat er alle die reaktionären Maßnahmen der Regierung, besonders des Herrn v. d. Recke. Seinen Haß gegen Freisinn und Sozialdemokraten ließ er bei Besprechung der Bestätigungsfrage in den Fällen Kirschner und Singer die Zügel schießen. Ihm sekundierten die Abgg. v. Staudy und v. Heydebrand v. d. Lasa aus der konservativen Partei, die besonders die Ausweisungspolitik und das Vorgehen gegen Professor Delbrück verteidigten. Es ist eben nichts so reaktionär, als daß es nicht den vollen Beifall dieser in der Landratskammer versammelten Gesellschaft fände. Auch die Nationalliberalen gebärden sich im Landtage sehr chauvinistisch und regierungsfreundlich, kaum daß Herr von Eynern ein paar milde Bemerkungen gegen den Schießerlaß Reckes und die Nichtbestätigung des Berliner Oberbürgermeisters wagte, kaum daß sich der nationalliberale Schmieding schüchtern gegen den Antrag Kanitz und allzu große Begehrlichkeit der Landbündler erklärte. Die Opposition vertrat gestern nur Abg. Eugen Richter, er sagte der Regierung ein paar treffende Wahrheiten, aber auch er hatte keinen besonders guten Tag. —

* * *

Die Verhandlungen im Abgeordnetenhause.

(Eigener Bericht.)

-n. Berlin, 19. Januar 1899.

Am Ministertische: Dr. von Miquel, Frhr. von der Recke.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (freikons.):

Ich widerstehe der Versuchung heute auf die Ausweisungspolitik einzugehen. Vom Abg. Richter Chauvinisten genannt zu werden, ist uns eine Ehre. (Sehr richtig! rechts.) Die Kanalfrage ist eine Zweckmäßigkeitsfrage und gegenwärtig kaum spruchreif. Aehnlich steht es mit der Uebertragung der Wasserbauverwaltung an das landwirtschaftliche Ministerium. Der Mehrforderungen, die für das Fach- und Fortbildungswesen ausgeworfen sind, freue ich mich. — Die Fonds, die für die Zulagen, der Beamten zur Verfügung stehen, sind nicht so unerheblich, wie Herr Richter sie dargestellt hat; über zweihundert-tausend Beamte können daraus bedacht werden. Wenn Herr Richter den Stab über den Großgrundbesitz im Osten bricht, dann kennt er die Verhältnisse nicht; denn z. Z. ist der Großgrundbesitz eine kulturelle und soziale Notwendigkeit. Helfen Sie (nach links) uns nur eifrig, die Landwirtschaft auf die Höhe zu bringen, die erreichbar ist. (Sehr gut! rechts.)

Mit der Uebernahme des Bernsteinregals hat der Staat sich nach meiner Meinung eine Last aufgebürdet, die er kaum tragen kann. — Die bessere Dotierung des Unterrichtswesens begrüßen wir mit Freuden. — Einer erweiterten Zuziehung von Arbeitervertretern bei der Berg- und Fabrikinspektion stehen wir nicht feindlich gegenüber, wenn sie so gehandhabt wird, daß sie nicht zur Waffe der sozialdemokratischen Organisationen wird. Was den hier so scharf angegriffenen Erlaß über den Gebrauch von Waffen betrifft, so bin ich der Ansicht, daß der Waffengebrauch oft größere Ausschreitungen verhütet.

Die Erklärungen des Ministers des Innern, was die Bestätigung des Berliner Bürgermeisters und die Bauerlaubnis für den Friedhof der Märzgefallenen anbelangt, haben mich nicht befriedigt. Wenn ich es auch für taktlos halte, daß Herr Richter solche vertrauliche Unterredungen hier mitteilt, so gebe ich doch zu, daß eine solche Verzögerung den Eindruck macht, als ob die Auffassung des Ministeriums in solchen Fragen schwanke, wodurch die Autorität leidet. (Sehr richtig!) — Herr Professor Delbrück ist zweifellos ein bedeutender Historiker, aber ein schlechter Politiker. Deshalb hätte ich gewünscht, daß der Herr

Kultusminister den Fall Delbrück nicht so in die Oeffentlichkeit gezogen hätte. Herr Richter sprach von den Berliner Schulen als Simultanschulen; das sind dieselben nicht, sondern konfessionell und müssen auch so behandelt werden. Außerdem sprach er über viele Nichtbestätigungen, hat aber die des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Singer als Mitglied der Berliner Schuldeputation nicht erwähnt. Ich bedauerte, daß ein Schulunterhaltungsgesetz noch immer nicht zu stande gekommen ist. Legen Sie, Herr Kultusminister, uns wenigstens in der nächsten Session eines vor, denn das ist ein unabweisbares Bedürfnis. (Beifall.) Die Aufbesserungen für die Geistlichen, die der erhöhte Kultusetat bringt, genügten nicht. Wir würden bedauern, wenn man zur Erhöhung der Kirchensteuern greifen müßte. Was die Eisenbahn betrifft, so ist eine Tarifermäßigung vom wirtschaftlichen Standpunkte aus bedenklich. Eine jede Verkehrserleichterung würde eine treibhausartige Blüte unseres Erwerbslebens hervorrufen und ein Rückschlag wäre verhängnisvoll für die Finanzen des deutschen Staates. (Beifall rechts.)

Abg. Motty (Pole)

polemisiert gegen die Germanisationsbestrebungen in den Ostmarken. Dort herrscht der Frieden des Friedhofs. Die preußische Regierung, die an der Spitze der Kultur zu marschieren glaubt, bekennt öffentlich vor der Volksvertretung, daß sie im tiefsten inneren Frieden einen Teil ihrer Unterthanen bekämpft und wirtschaftlich zu schädigen sucht. Es ist aber die verfluchte Pflicht des Staates, alle seine Unterthanen gleichmäßig zu behandeln. Ist es nicht ungeheuerlich, daß man uns in unseren Familien verbieten will, polnisch zu sprechen. Die Industrie sucht man künstlich nach dem Osten zu verpflanzen, um die polnischen Handwerker zu verdrängen. Der Chauvinismus ist eine elende Karrikatur des echten deutschen Geistes. Der liebe Gott kann nicht Polen bloß als Dungmittel für die germanischen Saaten geschaffen haben. (Beifall bei den Polen.)

Abg. v. Staudy (kons.)

verteidigt die H. K. O. Vereine. Die Deutschen sind nur in der Verteidigung in den Ostmarken. Das Deutschtum geht in der Provinz Posen erschreckend zurück und die Caprivische Politik hat diesen Prozeß beschleunigt. Dagegen wehren wir uns. Die polnischen Landesteile gehören für alle Zeiten zu Preußen. (Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. v. Miquel:

Die Polen sind durchaus nicht die Lämmer, die der deutsche Wolf verschlingen will. Wir wollen ihnen gar nicht ihre Muttersprache nehmen. Aber mir gegenüber haben hervorragende Polen selbst die Notwendigkeit für ihre Landsleute anerkannt Deutsch zu werden. Das geschieht in der Schule und dort brauchen sie eben nicht polnisch zu lernen, denn das lernen sie in der Familie. (Beifall.)

Abg. v. Eynern (natlib.):

Mit Herrn von der Recke stimmen wir nicht völlig überein, so weit er von einem besonders weitgehenden Begnadigungsrecht gegen Polizeibeamte, von dem Scharf-Schießerlaß usw sprach. Redner bespricht nun ausführlich die preußische Finanzpolitik, mit der er im allgemeinen einverstanden ist und unterzieht sodann die Wirkung der Steuerreform einer eingehenden Erörterung. Was die Reform des Gemeinde-Wahlrechts anlangt, so hält Redner es nicht für richtig, Leuten, die keine Steuern zahlen, ein Wahlrecht zu geben.

Herr Rickert monierte Herrn Sattler, weil dieser Herrn Delbrück nicht ernst nehmen wolle. Herr Delbrück wird sich freuen, daß im Hause wenigstens ein Mensch existiert, der ihn ernst nimmt. (Heiterkeit, Beifall rechts.)

Finanzminister Dr. v. Miquel:

Früher hielt man es für richtig, sogenannte produktive Ausgaben durch Anleihen zu decken, später verlangte man die Beschaffung von Betriebsmitteln aus laufenden Einnahmen. Jetzt wirft man mir vor, daß neue Bauten auf Bahnhöfen, Anlagen von zweiten Geleisen durch laufende Einnahmen bestritten werden. Was ist denn nun richtig? Der Einfluß des Finanzministers auf den Eisenbahnminister ist wirklich nicht größer, als derjenige des Hauses. Können Sie den Eisenbahnminister kontrollieren, ich kann es nicht. (Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Heydebrand und der Lasa (kons.)

entnimmt aus der Rede des Abg. v. Eynern, daß die Nationalliberalen endlich auch ein warmes Interesse für die Landwirtschaft gefunden haben. Was die Frage der Bestätigung des Oberbürgermeisters in Berlin anlangt, so haben wir jedenfalls bei der Erörterung solcher Dinge ein ganz besonderes Maß von Zurückhaltung anzuwenden. Die Nationalliberalen und Freikonservativen meinen, der Minister ist verantwortlich. Das ist nicht richtig. Es handelt sich um keinen Regierungsakt, sondern um ein ganz persönliches Recht der Krone. Der Minister ist zunächst sich selbst verantwortlich, er muß sich entschließen, ob er die Gegenzeichnung übernehmen will. Aber — und so denken alle meine politischen Freunde — darüber hinaus geht seine Verantwortlichkeit nicht. Vor allem ist er nicht genötigt, dem Hause hier Rede zu stehen. Nun noch ein Wort über den Fall Delbrück. Viele im Lande halten einen Geschichtsprofessor für einen Mann von ganz besonderer Bedeutung. Wenn aber ein preußischer Professor, der doch Beamter ist, mit seltener Maßlosigkeit einen Regierungsakt kritisiert, der bestimmt ist, die deutsche Nationalität zu stärken, so muß ich sagen, der Herr Kultusminister hat vollkommen recht mit seinem Vorgehen. (Beifall rechts.)

Abg. Schmieding (natl.):

Wir sind immer Freunde der Landwirtschaft gewesen und werden es bleiben, wenn die Forderungen der Herren auf der Rechten sich in den richtigen Grenzen halten. Beim Antrag Kanitz aber scheiden sich unsere Wege. Redner beklagt die falsche Sparsamkeit auf dem Gebiete des Eisenbahnwesens. Mit den Tarifen könnte man übrigens auf die Industrie ebensoviel Rücksicht nehmen wie auf die Landwirtschaft.

Abg. Richter (frs. Volksp.):

Während ich gestern mit dem Herrn Minister des Innern abrechnete, tagte der Städtetag und beschwerte sich, über die Einschränkung der neuen Verwaltung. Jeder kleinste agrarische Kongreß wird vom Ministerium begrüßt. Vom Städtetag nimmt die Regierung keine Notiz.

Ob das Scharfschießen und Einhauen wirksam ist oder das Gegenteil, das war früher dem Ermessen der Exekutivbeamten überlassen, jetzt nicht mehr. Wie das Vorgehen der Polizei in Erfurt wirkte, beweist das Zeugnis des Pastors Köhler. Die Erklärung des Ministers für die Verzögerung der Bauerlaubnis des Gitters in Friedrichshain ist ganz merkwürdig. Es sollen dabei verschiedene Ministerien in Betracht kommen. Das wäre aber ein schlechtes Zeichen, wenn die Minister so viel Zeit brauchten, um sich über ein eisernes Thor zu einigen. (Heiterkeit.) Herr Kirschner ist doch kein Mädchen aus der Fremde; man kennt sein Leben, seine Gesinnung, man hat ihn vor nicht langer Zeit als Bürgermeister bestätigt. Herr v. Heydebrand hat die Verantwortlichkeit des Ministers geleugnet, während Graf Posadowsky im Reichstage die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers für alle Aeußerungen des Kaisers proklamierte. Herr von der Recke würde sich zu einem vortragenden Rat herabdrücken lassen, wenn er die Verantwortlichkeit für die von ihm gegengezeichnete Handlung der Krone ablehnte. (Sehr gut! links.) Die Frage der Ausweisungen gehört als deutsche Frage eigentlich in den Reichstag, und dort ist die Mehrheit nicht auf Seiten der Regierung. Wohin soll das führen, wenn die eine Seite des Hauses der anderen die nationale Gesinnung abspricht? Nach meiner Meinung zu solchen Exzessen wie in Wien und Paris. (Oho! rechts.) Der Chauvinismus ist eine Reminiscenz aus den Zeiten der Schwäche. Weil ich aber von der Stärke des Deutschen Reiches so viel halte, meine ich, daß Deutschland im stande ist, die kleinen Nationalitätssplitter an seinen Grenzen mit Milde und Gerechtigkeit zu behandeln.

Das Haus entscheidet sich darauf mit großer Mehrheit für Schluß der Debatte. Eine Reihe von Etatstiteln wird wie üblich der Budgetkommission überwiesen.

Nächste Sitzung Mittwoch, den 25. Januar, 11 Uhr mit der Tagesordnung; Interpellation über die Ausweisungen in Schleswig. —

Von der **Magdeburger Justiz** war am Montag im neuen Reichstage erstmalig die Rede. Bei der Beratung des schon aus den früheren Sessionen bekannten Antrages Rintelen, durch welchen die Berufung in Strafsachen eingeführt, der **Voreid** durch den **Nacheid** ersetzt, eine Strafe für die Abgabe unrichtiger, unbeeidigter Zeugenaussagen 2c. vorgesehen werden soll, äußerte Abg. Frohme: Wir haben bereits oft im Reichstage darauf hingewiesen, daß die Einführung der Berufung notwendig ist, um ungerechte Urteile der Justiz nach Möglichkeit zu verhindern, da unschuldig Verurteilten dadurch die Möglichkeit gegeben wird, in der Berufungsinstanz ihre Unschuld nachzuweisen. Die Statistik beweist, daß die von Schöffengerichten Verurteilten zu einem großen Prozentsatz in der höheren Instanz Freisprechung erzielten und auf Grund dieser Erfahrung verlangen wir die Einführung der Berufung in Strafsachen bis zum Reichsgericht. Wir sind nicht zufrieden mit dem Rechtsmittel der Revision, gerade im Hinblick darauf, daß heutzutage eine Unzahl von Verurteilungen erfolgt, die das Rechtsbewußtsein des Volkes einfach nicht versteht. Ich verweise auf die Unsumme von Majestätsbeleidigungs-Prozessen, vor allem auf das jüngst in Magdeburg gefällte Urteil, wodurch ein Mann, der ganz offenbar unschuldig ist, zu vier Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Auch er ist angewiesen auf die Revision, doch Sie alle wissen ja, wie selten es möglich ist, mit Hilfe dieses Mittels ein Freisprechung zu erzielen. Würde er die Berufung zur Verfügung haben, — ich bin überzeugt, das Urteil würde in der Berufungsinstanz ein anderes sein. Ferner verweise ich auf die wahrhaft rigorosen, unerhört hohen Strafen, womit wegen Streiks Verurteilte jetzt so oft belegt werden. Sind diese Urteile von Strafkammern erfolgt, so giebt es auch dagegen wieder nur das Mittel der Revision und nicht der Berufung. —

Gegen die Bedrohung der Redefreiheit im Reichstage durch den Präsidenten Grafen Ballestrem soll, wie wir in einem Organ der Freisinnigen Vereinigung lesen, von sozialdemokratischer Seite versucht worden sein, einen Protest zustande zu bringen. Die übrigen Fraktionen hätten sich aber dazu nicht aufraffen mögen. Das klingt leider glaublich, doch ist uns von dem angeblichen Proteste der Sozialdemokraten nichts bekannt. —

Auch in ihrer neuesten Nummer erhebt die Vossische Zeitung Einspruch dagegen, daß man jetzt plötzlich anfängt, an die Rede des Abgeordneten einen Maßstab zu legen, von dem früher nie die Rede gewesen war. Die Redefreiheit der Abgeordneten kann nicht in der Weise beurteilt werden, wie die Aeußerungen von Schulknaben. Man soll Schmähungen und Verdächtigungen hintanhalten, aber Aeußerungen, die selbst von seiten des empfindlichsten Korpsburschen nicht einmal als „Touche" behandelt werden würden, soll man nicht als unparlamentarisch rügen. —

Nachrichten aus Magdeburg.

— Der Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei hat zum Donnerstag eine Volksversammlung nach dem Weißen Hirsch (Stadtteil Neustadt) einberufen. Referent ist der neugewählte Abgeordnete für den Wahlkreis Hanau, Genosse Hoch. Den Parteigenossen und Genossinnen ist Abg. Hoch unbekannt, er spricht in Magdeburg zum ersten male. Das von ihm gewählte Thema ist sehr aktuell. Bekanntlich verging kein Tag im neuen Reichstage, an dem die Parteien sich nicht mit der Sozialdemokratie beschäftigten, wie andererseits die Sozialdemokraten kräftig in die Debatten eingegriffen und zeitweilig die gesamte Diskussion beherrschten. Wir haben also auf einen sehr interessanten Vortrag zu rechnen. Rege Beteiligung ist erwünscht. —

— Wie unsere Leser aus dem Inseratenteil der gestrigen Nummer schon ersehen haben, findet die **Protestversammlung der Anarchisten** nicht am Sonntag sondern heute (Mittwoch) abend im Dreikaiserbund statt. —

— Der Seiler Carl Schulze zu Diesdorf war wegen **Vergehens gegen das Vereinsgesetz** vom hiesigen Landgericht zu zwei Wochen Haft verurteilt worden. Das Reichsgericht hatte damals das Urteil aufgehoben und an die Vorinstanz zurückverwiesen. Abermals war das hiesige Landgericht zu demselben Urteil gekommen und wiederum hat der III. Strafsenat des Reichsgerichts in seiner Sitzung vom 15. Dezember v. J. das Urteil aufgehoben. — Schulze hatte gelegentlich des Begräbnisses der Witwe Ludwig auf dem Hofe des Sterbehauses eine Ansprache an die Versammelten gehalten und einen Kranz mit roter Schleife auf das Grab niedergelegt mit den Worten: „Ich lege hier den Kranz nieder, ein Wiedersehen giebt es nicht!" Man kann wirklich gespannt sein, welchen Ausgang dieser Prozeß noch nehmen wird. —

— Im Inseratenteil des Central-Anzeiger werden **„mehrere tüchtige Setzer"** gesucht, natürlich sollen es Nichtverbändler sein. Man braucht sich ja schließlich über die Aufnahme des Inserates nicht zu wundern, denn dem Druckereipersonal des Central-Anzeigers ist es ja auch nicht gestattet, der Organisation der Buchdrucker beizutreten. —

— **Das Durchschnittseinkommen** der Censiten auf dem Lande im Regierungsbezirk Magdeburg hat sich von 2097,97 Mark im Vorjahre auf 2096,94 Mark im gegenwärtigen Rechnungsjahre verringert. Wie stark muß der Reichtum auf dem Lande sein, wenn die Durchschnittsrechnung jedem Censiten noch über 2000 Mark zuweist. Wir sind sicher, daß ⁴/₅ der ländlichen Bevölkerung unseres Regierungsbezirkes das ihr angedichtete Einkommen nicht aufzuweisen hat. Durchschnittszahlen sind also vollkommen wertlos. —

— Für beabsichtigte **Bauausführungen** der Saline in Schönebeck, sind im preußischen Etat 93 000 Mark und für die Salzwerke in Staßfurt 187 600 Mark ausgeworfen worden. —

— In der Woche vom 14. bis 21. Januar sind von der hiesigen Armendirektion an **Suppenportionen verteilt** worden: in der Altstadt 1239, in Sudenburg 3307, in Neustadt 2659½ und in Buckau 938, zusammen 8143½ Portion à 1 Liter. —

— In die **Rekrutierungsstammrolle** müssen sich am Donnerstag vormittag ½9 Uhr alle diejenigen Meldepflichtigen eintragen lassen, deren Name mit den Buchstaben Sd bis Sh beginnt; die Meldezeit für Si bis Sn beginnt um 10 Uhr desselben Tages. —

— Das **Musterungsgeschäft** für den Stadtkreis Magdeburg findet auch in diesem Jahre im März im „Hofjäger" statt. Vom 3. bis 26. März wird Musterung abgehalten, am 27. März findet die Prüfung der Reklamationen statt und am 28. die Losung. Zu Musterung haben sich zu stellen: Alle in den Jahren 1878, 1877 und früher geborenen, im hiesigen Kreise wohnhaften Militärpflichtigen, welche bis jetzt weder der gesetzlichen Dienstpflicht genügt noch eine definitive Entscheidung über ihr Militärverhältnis erhalten haben. —

— **Unfälle.** Der Kaufmannslehrling Gustav St. hat sich am Freitag in Stresow in selbstmörderischer Absicht eine Revolverkugel in den Unterleib durch die Lunge geschossen. — Der Dienstknecht Christian E. aus Haßelburg bei Flechtingen hat sich den rechten Unterschenkel gebrochen. — Der Arbeiter Wilhelm W. in Nordgermersleben ist von einem Pferde gegen den Unterleib getreten und hat eine Darmzerreißung und Bauchfellentzündung davongetragen. — Der Fleischergeselle Franz F. hat sich beim Arbeiten am Fleischwolf den Mittelfinger der rechten Hand abgequetscht. — Der Kellnerlehrling Hermann K. ist mit dem rechten Knie umgeknickt. Sämtliche Verletzte fanden Aufnahme im Altstädtischen Krankenhause. —

Nachrichten aus der Provinz.

Eisleben. (Verunglückt.) Durch niedergehendes Gebirge wurde der Häuer Kreitel auf dem Schacht „Hoffnung" verschüttet. Er erlitt solch schwere Verletzungen, daß er im Knappschaftskrankenhause verschied.

Löbejün. (Durchgebrannt.) Der Laufbursche Otto Hoffmann von hier, der bei einem Generalagenten in Leipzig eine Stellung inne hatte, sollte am Sonnabend 500 Mark auf der Post aufgeben, hat aber mit dem Gelde das Weite gesucht. —

Torgau. (Spurlos verschwunden.) Der Musiklehrer Behrens von hier ist seit Donnerstag voriger Woche verschwunden. Es wird mit Bestimmtheit angenommen, daß Behrens seinem Leben ein Ende gemacht haben wird. —

Nachrichten aus dem Reiche.

Aschaffenburg. (Diebesbande.) Durch einen Zufall kam man auf eine Diebesgesellschaft, die hier seit ungefähr vier Wochen größere und kleinere Diebstähle ausführte. Unter den Dieben befand sich eine Anzahl Realschüler und Kaufmannslehrlinge. Das Haupt der Bande ist sogar ein Freiherr von Hutten, auch ein „Herr" von Kiesling ist darunter. Die Realschüler wurden natürlich sofort dimittiert und die Haupträdelsführer einige Tage in Untersuchungshaft genommen. Der Freiherr von Hutten hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als in der Wohnung eines Bierreisenden 50 Mark zu stehlen und mit noch zwei Komplizen mit dem Expreßzug — nobel — nach Frankfurt a. M. zu fahren und das Geld zu verjubeln. Bei der Wiederankunft in Aschaffenburg wurde die Gesellschaft dingfest gemacht. Auch Mädchen von 14—16 Jahren sollen zu der Verteilung der Eßwaren beigetragen haben. —

Dortmund. (Ehedrama.) Der Bergmann Schwarz verwundete seine von ihm getrennt lebende Ehefrau durch mehrere Schüsse und versuchte sich darauf selbst zu töten. Die Verletzungen beider sollen lebensgefährlicher Natur sein. —

Leipzig. (Eisenbahnunfall.) Dienstag morgen 7 Uhr 35 Min. wurde ein Fuhrwerk des Oekonomierats Wollsack aus Groß-Zschocher am Wegeübergange bei Göhrenz-Albersdorf der Nebenbahnlinie Plagwitz-Lindenau-Lützen vom Zuge überfahren, wobei der Anspänner Wilhelm Geißler aus Groß-Zschocher getötet wurde. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Verband aller in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Am Donnerstag, den 26. Januar, abends 8½ Uhr, findet eine Mitgliederversammlung statt. Ferner findet Freitag, den 27. Januar, morgens 6½ Uhr, eine zweite Versammlung statt. Der wichtigen Tagesordnung halber ist zahlreiches Erscheinen notwendig. —

Quittung.

In **Diesdorf** gingen für Parteizwecke ein: M. D. B. D., alles in allen 50,00. — Karl Schulze.

Briefkasten.

L. G. Abg. Hoch ist nicht in Offenbach, sondern in Hanau gewählt. Sie wollen die irrtümliche Ankündigung entschuldigen. —

Berichtigung. In der Nr. 18 der Volksstimme brachten wir unter der Rubrik „Soziale Bewegung" einen Artikel über das Jubiläum der Maurerorganisation. Wie uns mitgeteilt wird, zählt der Central-Verband der Maurer Deutschlands gegenwärtig nicht, wie dort angegeben, 20 000, sondern ca. **65 000** Mitglieder. —

Letzte Nachrichten.

Magdeburg. Geschäftsführer Fabian stand heute vor dem Untersuchungsrichter. Es handelte sich um ein Ermittelungsverfahren, das mit dem letzten Majestätsbeleidigungsprozeß gegen Müller in Verbindung steht. —

Berlin. Eine Einigung der Berliner Bäckermeister mit ihren Gehilfen und damit die Vermeidung des drohenden allgemeinen Bäckerstreiks steht in Aussicht. —

Volksversammlung im Weißen Hirsch, N.-Neustadt

am Donnerstag, den 26. Januar, abends 8 Uhr. 202

Tages-Ordnung:

Die erste Sozialisten-Debatte im Deutschen Reichstag.

Referent: Reichstagsabgeordneter Hoch, Frankfurt a. M.

Um rege Agitation zu dieser Versammlung ersucht **Der Vertrauensmann der Sozialdemokraten Magdeburgs.**

Färberei u. chemische Reinigung. 2907

Kleid zu reinigen . . von 1.50 Mk. an.
Kleid zu färben . . . von 1.50 Mk. an.
Anzug zu reinigen . von 1.50 Mk. an.

Schildergasse 2|3 und Lödischehofstrasse 1

Leopold Bansleben.

Margarine

Marke **Crême**, Ersatz für feinste Tafelbutter . . . . . Pfd. nur 65 Pfg.
„ **Feine Tafel**, Ersatz für feine Tischbutter . . . . „ „ 60 „
„ **Flora** zu Koch- und Backzwecken besonders geeignet „ „ 50 „

bei 5 Pfund Preisermässigung

empfiehlt 90

Max Görnemann

Kaiserstraße 91 — Hohepfortestraße 35 — Tauenzienstraße 9.

Stets frisch gebrannte Kaffees

das Pfund

75, 80, 90, 100, 120, 140, 160, 180 u. 200 Pfg.

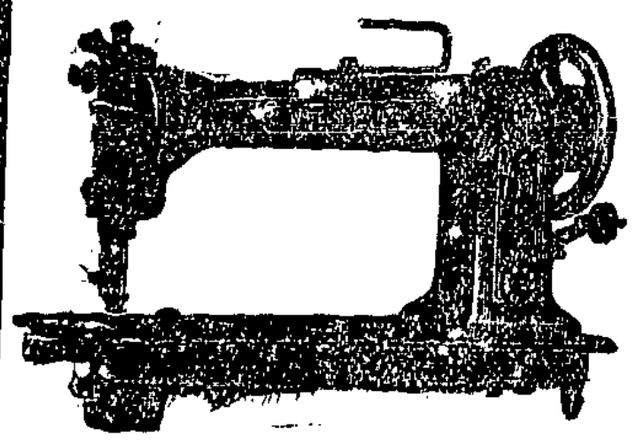
empfiehlt 160

L. W. Lüder, Große Marktstr.- u. Stephansbr.-Ecke.

Burg, Markt 20. **Burg, Markt 20.**

Otto Krebs

Vertreter der Wheeler & Wilson Manufaktur Co., New-York
empfiehlt sein 183



Nähmaschinen-Lager

aller Systeme.

Eigene Werkstatt
für
Nähmaschinen-Reparaturen
auch außer dem Hause.

Ersatzteile zu jedem System.

Großes Lager von
Nadeln, Oelen, Schiffchen, Riemen 2c. 2c.

Wilhelmstädter Butterhalle

Immermannstraße Nr. 20

empfiehlt **allerfeinste Molkereibutter**, das Beste was es giebt, à Pfund 1.20, 1.15, 1.10 Mark; **Molkerei-Backbutter** à Pfund 1 Mark; **feinste Tafel-Margarine**, bräunt beim Backen vorzüglich, à Pfund 70 und 60 Pfg., bei Entnahme von 5 Pfund pro Pfund 5 Pfg. Rabatt. Ferner empfehle **frische Landeier** zum billigsten Tagespreis und **sämtliche Wurstwaren.** 218

Verehrte Hausfrau!

Ist Ihnen der Inhalt Ihres Leinenschrankes lieb und wert, so verwenden Sie zum Waschen und Bleichen fürderhin nur noch das **garantiert unschädliche**, die Wäsche schonende **Dr. Thompsons Seifenpulver.** Achten Sie jedoch bitte genau auf den Namen „Dr. Thompson" und die Schutzmarke **„Schwan"**, da minderwertige Nachahmungen angeboten werden.

Alleiniger Fabrikant: 2650
Ernst Sieglin in Düsseldorf.

Burg. **Burg.**

Am Montag, den 30. d. Mts., abends 8 Uhr
findet im **„Hofjäger"** eine

Mitglieder-Versammlung

des
Sozialdemokratischen Wahlvereins
statt. 215

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Abrechnung vom 4. Quartal. 3. Wahl eines Vorsitzenden. 4. Verschiedenes.

Vollzähliges Erscheinen ist notwendig. **Der Vorstand.**

Burg. **Burg.**

Arbeiter-Stenographen-Club.

Ab 1. Februar: 217
Beginn eines neuen Unterrichts-Kursus.
Honorar 2 Mark einschließlich Lehrmittel.
Anmeldungen nimmt entgegen **Otto Seeger,** Kasernenstraße 1.

Buckau
Coquistraße Nr. 17.

Filz-, Holz- und Gummischuhe

zu und unter Einkaufspreisen bei
Wilh. Wienecke 80
gegenüber der Porzellan-Manufaktur.

Zahnatelier Wilhelmstadt.

Otto Danneberg 3811
Gr. Diesdorferstraße 35 II.

---

* Ein **neuer Handwagen** billig zu verkaufen Fermersleben, Ottersleben erweg 1.

---

3 hochf. Heckebauer z. vk. S., Königsw. 10c, II

Vorzeiger dieses Inserats erhält 5 Prozent Rabatt, trotz der äußerst billigen Preise.

Breiteweg 89|90

kauft man zu den denkbar billigsten Preisen:
Nußbaum und Birken
echte, halbechte und imitierte
Möbel
ebenso unter Garantie recht dauerhaft u. elegant gearbeitete
Polsterwaren
bei 70
Georg Mack
Breiteweg 89|90.

Billigste Bezugsquelle
in 212
Möbel:

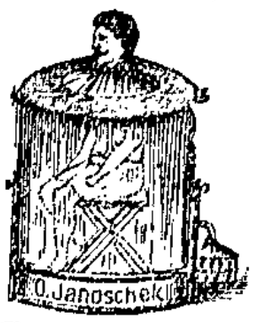
Kleiderschränke **23, 28 u. 35 Mk.**, Vertikows **30 u. 35 Mk.**, Pfeilerschränke **19 u. 24 Mk.**, Pfeilerspiegel **10, 13, 15 u. 16 Mk.**, Stegtische 10 u. 14 Mk., **Sofas und Diwans nur 28, 35 u. 40 Mk.**, Rohrstühle **3.75 u. 5.50 Mk.**, **Bettstellen mit Matratzen** nur **23, 28 u. 35 Mk.**, Küchenschränke **22 u. 28 Mk.**, Anrichten **18 u. 20 Mk.**, Küchentische **8 Mk.** und Stühle **2.75 Mk.**

Ferner:

Betten

für nur **17, 24, 28–30 Mk.**
Katharinenstr. 8, hochpt.

Dampf-Schwitz-Apparat



wirkt, weil zu Hause zu benutzen, vorzüglich bei Erkältungskrankheiten, wie Katarrhen, Rheumatismus, Influenza 2c. Denselben, sowie **Bade-, Rumpf- und Sitz-Wannen** auch zum Verleihen äußerst billig.

Otto Janoschek
vorm. **C. Marquardt** 208
Große Junkerstraße 6a
Buckauer Bierhalle gegenüber.

Möbel, Spiegel und Polsterwaren

zu ganz billigen Preisen
unter voller Garantie
3096 empfiehlt
H. Hahnewald
M.-Sudenburg, Br. Weg 51.

Empfehle täglich frisch:
ffein Hirschfleisch von 30 Pf. an.
„ Hirschbraten von 50 Pf. an.
„ Hasengekröse in großer Auswahl.
E. Wieprecht
Breiteweg 56. 216

---

* E. Paar edle Lachtauben m. Bauer bill. z. v. Neustadt, Luisenstr. 4, Schuhgeschäft.

Burg. **Burg.**

Sofas, Matratzen und Bettstellen

sind fortwährend zu haben. 96
Fritz Buchschatz
Markt 22, vis-à-vis der Post.

Burg. Junge Leute erhalten Kost und Logis. Oberstraße 28.

---

* Nett. Ehepaar sucht zum 1. Febr. e. Wohn (60—70 Thlr.) Weißgerberstr. 5 (Laden).

Freundliche **Logis.** Grünstr. 14a, 2 Tr

Anständ. Logis für 2 junge Leute. Ottenbergstr. 49, part.

---

* Zwei junge Leute finden **Kost u. Logis** Neue Neustadt, Morgenstraße 12, part.

---

* **Logis** für junge Herren zu vermieten Johannisbergstraße 15a, Hof, links.

Küchenzettel der Magdeburger Volksküchen
Hauptwache 5 und Schmidtstr. 61.

Donnerstag: Erbsensuppe mit Rippenspeck.
Freitag: Grüne Bohnen mit Hammelfleisch
Sonnabend: Saure Kartoffelsuppe mit Schweinefleisch.

Küchenzettel des Lehrerinnen- und Damenheims,
Breiteweg 82, 1 Tr.

Donnerstag: Legierte Suppe, Schweinebraten, Salzkartoffeln und Mohrrüben.
Freitag: Brühsuppe mit Fleisch, Kartoffelklöße und gemischtes Backobst.
Sonnabend: Linsensuppe, Rindfleisch, Salzkartoffeln und Schinkensauce.

Gesucht werden:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Tischler, Stellmacher, Kutscher, Schlosser auf Bau und Gitter, Drechsler und Korbmacher.

---

* **Tüchtige Waschfrau** pro Woche für einen Tag ges. Tischlerkrugstr. 6, H., I.

Es suchen Stellung:

Unentgeltlicher Arbeitsnachweis der Gewerkschaften Magdeburgs (Kleine Klosterstraße 15/16): Schlosser, Buchbinder, Zimmerer, Gelbgießer, Cigarrenmacher, Stuccateur, Bäcker, Schmiede und Arbeiter für jede Arbeit.

Arbeits-Hosen

in enorm großer Auswahl, eigenes Fabrikat, vorzügl. bequemer Schnitt, sehr gut sitzend, extra stark gearbeitet, in einfarbig und gestreift, mit Schlitz oder mit Klappe, zu jedem Preise.

Winter-Joppen

2 reihig, warm gefüttert, mit Musstaschen, sehr preiswert.

Knaben-Anzüge
220 und
Manchester-Sammet
ganz weich, in Haltbarkeit unverwüstlich, zu Kinder-Anzügen empfiehlt

G. Gehse

Johannisfahrtstr. 14
Engl. Leder-Hosen-Fabrik.

Schuhwaren!

Billig! Billig! Billig!
Herren- und Damen-Stiefel, Stiefeletten, Turn-, Strand-, Kinderschuhe, Pantoffel, auch aus Konkursmassen stammende Waren 37
nur Neustadt, Schmidtstr. 44.

---

*Sonnabend im Dreikaiserbund ein **Siegelring verloren.** Der ehrliche Finder wird gebeten, selb. abzug. Kl. Klosterstr. 3/4 II.

Freie Gemeinde Sudenburg.

Der Religionsunterricht der Kinder fällt am 27. d. Mts. aus.
219 **Der Vorstand.**

Unserm Freund und Genossen
Hermann Hohoff
zu seinem Wiegenfeste ein donnerndes Lebehoch, daß die ganze Hasastraße wackelt.
Viele durstige Seelen.

Walhalla-Theater.

Jeden Abend:
Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Stadt-Theater.

Donnerstag, den 26. Januar 1899:
Anfang 7 Uhr.
Entführung aus dem Serail.
Oper in 4 Akten. Musik von W. A. Mozart.
Hierauf:
Mit glänzender neuer Ausstattung an Kostümen und Requisiten
Zum 5. Male! Zum 5. Male!
Vergißmeinnicht.
Tanzmärchen in 3 Bildern von H. Regel und O. Thieme. Musik von R. Goldberger.

Abonnementskarten pro Februar werden täglich mit Ausnahme des Sonntags an der Tageskasse ausgegeben.

Wilhelm-Theater.

Donnerstag, den 26. Januar 1899:
Sein Trick.
Schwank in 3 Akten von Jacobson.

Cirkus-Theater.

Nur noch einige Tage:

Max Walden

Auftreten 10 Uhr.
Sonnabend, den 28. Januar:
Abschieds-Benefiz
für
Max Walden

Beilage zur Volksstimme.

Nr. 22. Magdeburg, Donnerstag, den 26. Januar 1899. 10. Jahrgang.

Reichstagsabgeordn. Hoch-Frankfurt a. M. spricht Donnerstag abend im Weissen Hirsch.

Aus dem Entwurf eines Invalidenversicherungs-Gesetzes.

Wir geben im Folgenden die wichtigsten Bestimmungen der neuen Regierungsvorlage wieder.

A. Organisationsfragen.

Die Versicherungsanstalten für weitere Kommunalverbände oder das Gebiet von einzelnen Bundesstaaten bleiben die grundlegende Organisation. Ihre Verfassung hat vor allem in folgenden Punkten einige Aenderungen erfahren:

Dem Vorstand müssen neben den Beamten Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten angehören, während dies bisher durch das Statut bestimmt werden „konnte" (§ 47).

Die Rechte des Ausschusses sind etwas erweitert und schärfer umschrieben; er hat die nicht beamteten Mitglieder im Vorstande, sowie die Beisitzer in den Schiedsgerichten zu wählen, den Voranschlag festzustellen, zu den Beschlüssen des Vorstandes über Erwerb, Veräußerung und Belastung von Grundstücken ist seine Zustimmung einzuholen (§ 45 b).

Die Rentenstellen sind örtliche Organe der Versicherungsanstalten. Ihnen liegt ob nach § 51a:

1. Die Entgegennahme und Vorbereitung von Anträgen auf Bewilligung von Invaliden- und Altersrenten (§ 75) oder auf Beitragserstattungen (§ 95);
2. Die Begutachtung der in Ziffer 1 bezeichneten Anträge;
3. Die Begutachtung der Entziehung von Invalidenrenten (§§ 33, 85);
4. Die Begutachtung der Einstellung von Rentenzahlungen (§§ 34, 85);
5. Die Erstattung von Anzeigen an den Vorstand der Versicherungsanstalt über die zu ihrer Kenntnis kommenden Fälle, in welchen ein Grund zu der Annahme vorliegt, daß Versicherte durch ein Heilverfahren vor baldigem Eintritte der Erwerbsunfähigkeit werden bewahrt werden (§ 12), oder daß Empfänger von Invalidenrenten bei Durchführung eines Heilverfahrens die Erwerbsfähigkeit wieder erlangen werden (§ 33 Abs. 2);
6. Die Kontrolle über die Entrichtung der Beiträge (§ 126 ff.);
7. die Auskunftserteilung über alle die Invalidenversicherung betreffenden Angelegenheiten.

Weitere Obliegenheiten können der Rentenstelle nach Anhörung des Vorstandes der Versicherungsanstalt durch die für den Sitz der Rentenstelle zuständige Landes-Centralbehörde oder mit deren Genehmigung durch den Vorstand übertragen werden.

Jede Rentenstelle besteht aus einem ständigen, behördlich ernannten Vorsitzenden und Beisitzern — mindestens je vier aus der Klasse der Arbeitgeber und der Versicherten. Ueber das Wahlverfahren heißt es in § 51c:

Die Beisitzer werden in der durch das Statut bestimmten Zahl von den Vorständen der im Bezirke der Rentenstelle vorhandenen Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungs-Krankenkassen, Knappschaftskassen, Seemannskassen und anderen zur Wahrung von Interessen der Seeleute bestimmten, obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen von Seeleuten sowie von den Vorständen derjenigen eingeschriebenen oder auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen gewählt, welche die im § 75a des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehene Bescheinigung besitzen und deren Bezirk sich über den Bezirk der Rentenstelle nicht hinaus erstreckt. . . .

Soweit die Vorstände der bezeichneten Kassen und Vereinigungen aus Vertretern der Arbeitgeber und Vertretern der Arbeitnehmer zusammengesetzt sind, nehmen bei der Wahl die den Arbeitgebern angehörenden Mitglieder des Vorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber, die den Versicherten angehörenden Mitglieder des Vorstandes nur an der Wahl der Vertreter der Versicherten teil. Vorstände, in denen Arbeitgeber nicht vertreten sind, nehmen nur an der Wahl der Vertreter der Versicherten, Vorstände, in denen Arbeitnehmer nicht vertreten sind, nehmen nur an der Wahl der Vertreter der Arbeitgeber teil.

Die Wahlordnung wird näher durch die Landes-Centralbehörde bestimmt.

Wenn die Rentenstellen sich nicht bewähren, so können die Landes-Centralbehörden die Geschäfte anderen Behörden oder Beamten übertragen (§ 51 g).

Die Vertreter im Ausschuß werden von den Beisitzern der Rentenstellen, je getrennt von den Arbeitgebern und den Versicherten, gewählt. (§ 48.)

Die Schiedsgerichte sollen, wie oben ausgeführt, an Zahl verringert werden. Die Beisitzer sind wie früher vom Ausschuß der Versicherungsanstalt gewählt, in getrennter Wahlhandlung von Arbeitgebern und Versicherten; sie dürfen nicht Mitglieder des Vorstandes oder einer Rentenstelle sein.

Das Reichs-Versicherungsamt und die Landes-Versicherungsämter haben im wesentlichen die gleichen Funktionen behalten.

B. Die Rentenberechnung.

Die vierte Lohnklasse (über 850 Mark Jahres-Arbeitsverdienst) ist jetzt geteilt:

850 bis zu 1150 Mark = 4. Klasse,
mehr als 1150 „ = 5 „

Die Wartezeit, die jeder zur Erlangung eines Rentenanspruches zurückgelegt haben muß, wird nicht mehr nach Beitragsjahren (zu 47 Wochen), sondern nach Wochen berechnet; bei der Invalidenrente 200 Beitragswochen, bei der Altersrente 1200 Wochen.

Nach den bisherigen Bestimmungen wird bei der Berechnung der Invalidenrente in sämtlichen Lohnklassen neben dem Reichszuschusse von 50 Mark ein fester Grundbetrag von 60 Mark in Ansatz gebracht. Das macht die Anfangsrenten in den höheren Lohnklassen relativ — im Verhältnis zu den gezahlten höheren Beiträgen — niedrig; erst die künftigen größeren Steigerungen bei mehr Beitragswochen gleichen das wieder aus. Die Regierung macht nun den Vorschlag, die Grundbeträge abzustufen, also für die höheren Lohnklassen zu erhöhen, dafür die Steigerungssätze (heute pro Beitragswoche 2, 6, 9, 13 Pfg.) abzuschwächen. Dies ergiebt sich näher aus der folgenden Zusammenstellung:

	Grundbetrag der Rente	Steigerungssatz für jede Beitragswoche	Beitrag für jede Beitragswoche
für Lohnklasse I	wie bisher 60 M.	wie bisher 2 Pf.	fortan 12 Pf.
„ „ II	fortan 90 „	fortan 3 „	„ 18 „
„ „ III	„ 120 „	„ 4 „	wie bisher 24 „
„ „ IV	„ 150 „	„ 5 „	„ „ 30 „
„ „ V	180 „	6 „	36 „

Die Beiträge in Klasse I und II sind also etwas herabgesetzt (bisher 14 und 20 Pfg.).

Die folgende Tabelle veranschaulicht den Unterschied der Invalidenrenten (ohne Reichszuschuß) nach den geltenden Vorschriften und den Bestimmungen des Entwurfs.

nach Vollendung von Beitragswochen	Invalidenrente in Lohnklasse I heute Mk.	I später Mk.	II heute Mk.	II später Mk.	III heute Mk.	III später Mk.	IV heute Mk.	IV später Mk.	V später Mk.
200	64	64	72	96	78	128	86	160	192
300	66	66	78	99	87	132	99	165	198
500	70	70	90	105	105	140	125	175	210
700	74	74	102	111	123	148	151	185	222
1000	80	80	120	120	150	160	100	200	240
1500	90	90	150	125	195	180	255	225	270

Die Altersrente soll auch künftig bei 70 Jahren beginnen: in ihrem Betrag jedoch etwas geändert, nämlich einfach dem Grundbetrag der entsprechenden Invalidenrente gleichgesetzt werden. Die Motive meinen, daß dadurch eine Benachteiligung der Altersrentner nicht eintrete, sie ständen sich im Gegenteil alsdann um etwa 6 Prozent besser. Im einzelnen ergeben sich folgende Beträge: Es beträgt die Altersrente ohne Reichszuschuß

in Lohnklasse	nach den alten Sätzen	nach den Sätzen des Entwurfs
I	56,80 Mark	60 Mark
II	85,— „	90 „
III	113,20 „	120 „
IV	141,40 „	150 „

Beachtenswert ist hier ferner in den Motiven die Abweisung der Herabsetzung der Altersgrenze. Es heißt da: „In den beteiligten Kreisen ist wiederholt der Wunsch laut geworden, bei einer Revision des Gesetzes die Altersgrenze für den Bezug der Altersrente von 70 Jahren auf 65 oder noch weiter auf 60 herabzusetzen. Abgesehen davon, daß hierbei von einer Ueberschätzung der Bedeutung der Altersrente ausgegangen wird, die in Bestätigung der regierungsseitig hierüber von jeher gemachten Angaben schon jetzt hinter die Invalidenrente zurücktritt und fortan immer mehr zurücktreten wird, macht es auch die bei einer Herabsetzung der Altersgrenze eintretende erhebliche Mehrbelastung unmöglich, diesem Wunsche Rechnung zu tragen. Am 1. Januar 1898 betrug die Zahl der laufenden Altersrenten nach den vom Rechnungsbureau des Reichsversicherungsamts vorgenommenen genauen Auszählungen 200 788 gegen 200 492 am 1. Januar 1897, so daß die Zahl dieser Renten einen konstanten Wert angenommen zu haben scheint. Nach den auf Grund der Berufsstatistik vom 14. Juni 1895 angestellten Ermittelungen und der auf Grund der bisherigen Erfahrungen abgeleiteten Aktivitätsordnung würde sich diese Zahl vom 1. Januar 1900 ab bei Herabsetzung der Altersgrenze von 70 auf 65 Jahre annähernd verdoppeln, nämlich um 199 329 erhöhen, bei Herabsetzung der Altersgrenze von 70 Jahren auf 60 aber sogar um mehr als das $2^1/_2$fache, nämlich um 530 189 vermehren. Berechnet man die durchschnittliche Altersrente nach Maßgabe der in den einzelnen Lohnklassen in den Jahren 1891 bis 1895 entrichteten Beiträge (Drucksachen des Reichstags zu Nr. 696, 9. Legislaturperiode, IV. Saison 1895/97, S. 338), so erhält man unter Berücksichtigung der neuen Rentensätze als durchschnittliche Altersrente ohne Reichszuschuß den Betrag von 101,94 Mk. Demgemäß würden sich die jährlichen Ausgaben steigern

bei Herabsetzung von 70 Jahren auf	für die Versicherungsanstalten um	für das Reich um
65 Jahre	20 319 600 Mk.	9 966 450 Mk.
60 „	54 047 500 „	26 509 450 „

„Fuhrmann Henschel".

Schauspiel in fünf Aufzügen von Gerhart Hauptmann.

Am Mittwoch abend gelangt im hiesigen Stadttheater erstmalig „Fuhrmann Henschel" zur Aufführung. Durch hier nicht näher zu schildernde Umstände ist es uns schwer gemacht, den Besuch des Theaters zu empfehlen — wir müßten sonst die Haltung der Direktion der Volksstimme gegenüber ausführlich klarlegen. Und das wollen wir zunächst unterlassen. Aber der Kunst zu Liebe wollen wir „Fuhrmann Henschel" besprechen.

Fuhrmann Wilhelm Henschel lebt ein schweres Leben. Er ist aber fleißig und scheut keine Mühe, so daß er zu einem gewissen Wohlstand gekommen ist. Er hat sich schon ein gutes Stück Geld auf die Seite gelegt. Aber gerade jetzt, wo allerlei kleines Mißgeschick über ihn hereingebrochen ist, kommt ihm eine schwere Krankheit seiner Frau sehr ungelegen. Der erste Akt zeigt uns das sehr einfache Heim des einfachen Mannes. Seine Frau Amalie liegt zu Bette. Neben ihr in einer Wiege liegt die kleine schwächliche Gustel. Im Hause schaltet und waltet Hanne Schäl, ein thätiges robustes Frauenzimmer. Sie hat aus einem früheren freien Verhältnis ein Mädchen, Bertha, die bei ihrem Vater im Heimatsdorfe unter sehr ungünstigen Umständen aufwächst. Auch in ihrem neuen Dienstorte hat die Hanne, deren animalische Instinkte stark entwickelt sind, ein Verhältnis mit dem Kutscher Franz angefangen. Die schwerkranke Amalie Henschel sorgt sich in ihrer hilflosen Lage sehr um das Hauswesen. Sie fürchtet den Tod und noch mehr, daß dann Hanne ihre Nachfolgerin werden könnte. Sie wird in ihrem Verdacht dadurch bestärkt, daß Henschel von seiner Fahrt, von der er eben zurückkommt, der Hanne „Scherze und Bändla" mitgebracht hat. Sie macht ihrem Manne eine schreckliche Scene und beruhigt sich erst einigermaßen, als er ihr in ihre Hand verspricht, er werde, falls sie sterbe, Hanne nicht heiraten. Der zweite Akt bringt uns dieselbe Scenerie wie der erste. Nur das Bett der Frau Amalie Henschel ist nicht mehr da, sie selbst liegt auf dem Friedhof. Hanne wäscht und ist wie wir selbst sehen, in der Besorgung des Hauses unermüdlich. Den Kutscher Franz fertigt sie derb ab. Sie will nichts mehr mit ihm zu thun haben. Ihre Pläne gehen jetzt höher hinaus. Eine Erinnerung an ihr Kind zu Hause in Quolsdorf regt sie furchtbar auf. Es könnte leicht ein Hindernis für Henschel werden. Dieser selbst tritt alsbald im Festgewande auf. Er war auf dem Friedhof beim Grabe seines verstorbenen Weibes. Hanne kündet ihm den Dienst wegen des Geredes der Leute, die von ihr sagen, sie wolle Frau Henschel werden. Henschel berät sich mit Siebenhaar, dem Besitzer des Hotels „zum grauen Schwan", über seine Lage. Er kann ohne Frau nicht durchkommen. Er möchte schon Hanne: „Schufta kan sie meh wie vier Manne, und recha kann se, besser wie ich, an Kalkulater kennde die vierstellen." Aber da ist das Versprechen, das er seiner Frau vor ihrem Tode gegeben hat. Darüber beruhigt ihn Siebenhaar. So beschließt er, Hanne zu nehmen. Diese merkt aus Henschel's Reden den Stand der Sachen und triumphiert. Der dritte Akt zeigt uns Hanne als Frau Henschel. Der Fuhrmann ist verreist. In der kurzen Ehe hat sie sich schon einen Liebhaber zugelegt, den feschen Kellner George. Hanne und George freuen sich schon auf eine ausgiebige Schäferstunde — da kommt Henschel unvermutet um zwei Tage früher, als Hanne vermutete. Er bringt Hanne's uneheliches Kind, die kleine Bertha, mit. Hanne ist wütend darüber. Henschel hatte geglaubt, ihr eine Freude zu machen und sie, die in der Ehe bisher so gar nicht seinen Erwartungen entsprochen hatte, durch die Anwesenheit des Kindes in eine dauernd gute Stimmung zu bringen. Der vierte Akt zeigt uns die Schankstube von Wermelskirch's. Allerlei Volk ist da, darunter auch der Knecht Hauffe, der seit vielen Jahren bei Henschel im Dienst, aber vor kurzem entlassen worden war, und zwar auf Betreiben Hanne's, die junge Knechte im Hause haben will. Es wird allerlei Anzügliches über den Tod der Amalie Henschel und ihrer Gustel gesprochen, wobei sich neben Hauffe besonders Pferdehändler Walther, der Bruder des verstorbenen Weibes, hervorthut. Alle Anwesenden stimmen Hauffe und Walther zu: bei dem Tode dieser beiden ist es nicht mit rechten Dingen zugegangen. Die Unterhaltung wird sehr laut geführt. Sie verstummt aber wie auf einen Schlag, als Henschel mit der kleinen Bertha eintritt. Er setzt sich zu Walther. Dieser, noch aufgeregt vom Reden und Trinken, läßt sich zuerst zu allerlei dunklen Andeutungen, dann zu offenen Anschuldigungen hinreißen. Da erwacht in Henschel ein fürchterlicher Zorn. Er hält Walther, der fort will, mit eiserner Faust an seinem Handgelenk fest und fordert Beweise. Zugleich läßt er Hanne rufen. Diese bleibt den Beschuldigungen gegenüber frech. Aber in Henschel's Seele ist der Argwohn erwacht. Sollte Hanne an dem Tode Amaliens und Gustels schuld sein? Der fünfte Akt führt uns wieder in Henschels Wohnung. Es ist gegen zwei Uhr nachts. Henschel kann nicht schlafen. Er klagt sich an, daß er das seinem Weibe gegebene Versprechen nicht gehalten habe. Wer ist der Schuldigere, er oder Hanne? Siebenhaars und Wermelskirchs Bemühungen, ihn zu beruhigen, sind umsonst. Er oder Hanne muß fort. Das steht für ihn fest. Er sinnt und sinnt. Scheinbar um sich wieder zu Bett zu legen, geht er in [illegible] Kammer. Hanne will auch hinein. Sie spricht noch vom Zimmer aus auf ihn. Er antwortet nicht. [illegible] sie sinnlose Angst. Auf ihr Geschrei kommen Siebenhaar und Wermelskirch. Siebenhaar geht in die Kammer und bringt Bertha heraus. Hanne begreift. Mit

Parlamentarische Nachrichten.

Die Geschäftsdispositionen des Reichstags sind dahin getroffen, daß am Mittwoch das Jesuitengesetz, die Fortsetzung über den sozialdemokratischen Antrag wegen der Gewerbegerichte und der freisinnige Antrag wegen der Wahlfreiheit zur Verhandlung kommt. Nach Durchberatung des Etats des Reichsamts des Innern sollen die ersten Beratungen der neu eingebrachten Gesetze über Invalidenversicherung und Bankgesetz stattfinden. —

Der Gesetzentwurf betreffend die Versorgung der Hinterbliebenen der Volksschullehrer ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. —

Dem württembergischen Landtage ist ein Gesetzentwurf zugegangen, durch welchen der Finanzminister ermächtigt werden soll, der landwirtschaftlichen Genossenschaftskasse 3proz. Darlehen bis zum Gesamtbetrag von einer Million Mark zu gewähren. —

Als das hervorstechendste der Verhandlungen im Reichstage am Freitag bezeichnet die Volkszeitung **die Proklamierung einer erheblichen Einschränkung der Redefreiheit.** Graf Ballestrem will Ansprachen und Reden des Kaisers, die nicht in den Akten des Reichstages stehen oder im Reichs-Anzeiger offiziell veröffentlicht worden sind, nicht mehr zum Gegenstand der Besprechung gemacht sehen. Es wird durch dieses Vorhaben die Freiheit der Kritik im Reichstage, wo einzig und allein noch ein wirklich freies Wort in Deutschland ohne Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung gesprochen werden kann, in verhängnisvollster Weise bedroht. Was das unter Bismarck geplante „Maulkorbgesetz" nicht vermochte, das einst vom Reichstage selbst abgelehnt worden ist, das wird jetzt durch einfache Erklärung des Präsidenten aus dem Centrum zu erreichen gesucht. Wie weit die Beschränkung der Redefreiheit unter der Leitung der aus den beiden reaktionären Parteien entnommenen Präsidenten 1 und 2 gehen wird, davon hat das „Schreckgespenst"-Verbot des Herrn v. Frege bereits einen feinen Vorgeschmack gegeben. Kein Parlament der Welt würde sich eine derartige Knebelung des freien Wortes gefallen lassen. Aber die reaktionären Mehrheitsparteien, die im deutschen Reichstage das Heft in Händen haben, glauben auch das ruhig hinnehmen zu sollen. Und in der reaktionären Presse wird sich gegen die vom Grafen Ballestrem proklamierte Beschränkung der Diskussionsfreiheit keine einzige Stimme erheben. Ist sie doch nie etwas anderes gewesen als der Totengräber in der bürgerlichen Freiheit! —

Auch der an sich sehr zahmen Vossischen Zeitung mißfällt die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung im Reichstage. Das Blatt schreibt: Die Zahl der Kundgebungen des Kaisers seit einem Jahrzehnt ist sehr groß. Viele seiner Worte sind so sehr in die politische Erörterung übergegangen, daß sie überall als „authentisch" behandelt werden, auch wenn sie nie im Reichs-Anzeiger gestanden haben. Wenn der Kaiser im Münchener Stadtbuch über seinen Namenszug die Worte setzte: „Suprema lex regis voluntas", darf man diese Thatsache im Reichstage nicht besprechen, weil sie dem Reichstage nicht im geschäftsordnungsmäßigen Wege, auch nicht durch den Reichs-Anzeiger mitgeteilt worden ist? Und ist die Kundgebung an den Regenten von Lippe dadurch aus der Welt geschafft, daß sie nur aus der Denkschrift des Regenten, nicht aus dem Reichs-Anzeiger im genauen Wortlaut bekannt wurde? Wenn der Präsident jedesmal einschreiten sollte, sobald eine Rede oder sonstige Kundgebung des Kaisers, die nach seiner Meinung nicht „authentisch" veröffentlicht ist, erwähnt wird, so müßte er immer eine „authentische" Sammlung dieser Aeußerungen nebst einem genauen Register vor sich haben und mit unfehlbarer Sicherheit handhaben. Aber wir glauben nicht nur, daß er häufig fehlgreifen würde, sondern auch, daß die Volksvertretung ihrer Erörterung solche Grenzen nicht ziehen lassen kann. Denn sie wäre sonst genötigt, zu manchen Dingen zu schweigen, die gerade im Interesse der Monarchie der öffentlichen Besprechung im Parlament dringend bedürfen. Es wäre daher im Interesse der Redefreiheit von Nutzen, wenn die Geschäftsordnungskommission des Reichstages sich mit der Erklärung des Präsidenten eingehend befaßte, um festzustellen, welche Grundsätze fortan bei der Besprechung von Aeußerungen des Kaisers oder der Bundesfürsten zur Anwendung kommen sollen. Eine solche Prüfung der Frage war seit geraumer Zeit nötig; aber ihre Lösung erfordert unseres Ermessens nicht eine Einschränkung, sondern eine Erweiterung der Redefreiheit, da sich der Satz, daß die Krone aus der Debatte bleiben müsse, heute nicht immer aufrecht erhalten läßt. —

Gemeinde-Zeitung.

Das Schulwesen in Magdeburg.

Durch Reskript des Unterrichtsministers vom 17. Oktbr. 1898 ist darauf hingewiesen worden, daß vom 1. April d. J. die Genehmigung zur weiteren Schulgelderhebung an den städtischen Bürgerschulen unter keinen Umständen erteilt werden dürfe, da diese Schulen im Sinne des Gesetzes keine Volksschulen seien, weil schulpflichtige Kinder zum Besuche derselben nicht zwangsweise angehalten werden können. Vom Ministerium wird daher gefordert, daß diese Schulen zum 1. April d. J. entweder wirklich als Mittelschulen organisiert werden, oder daß ihr Lehrplan dem der übrigen städtischen Volsschulen gleichgestellt wird und die Erhebung des Schulgeldes in Wegfall kommt oder auf alle Volksschulen ausgedehnt wird. In Nr. 298, 299 und 300 der Volksstimme ist von fachkundiger Seite diese Frage bereits eingehend erörtert, der Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde als berechtigt anerkannt und die Errichtung der Einheitsschule gefordert worden. Gegen diese Forderung sträubt sich der Magistrat, welcher die bisherigen Volksschulen beibehalten und die jetzigen Bürgerschulen in sogenannte gehobene achtstufige Schulen allmählich umzuwandeln gedenkt. Damit auch die Volksschulen ein Brocken dieser „Reform" bekommen, soll dieselbe in eine 7stufige Schule umgewandelt werden. Die Einheitsschule zu schaffen scheitert, nach Angabe des Magistrats, an den entstehenden Kosten. Das Schulgeld für die Bürgerschule soll vom 1. April von 18 Mark auf **22 Mark** gesteigert werden. Wir wollen den Verhandlungen im Rathause nicht vorgreifen, doch glauben wir schon heute aussprechen zu können, daß die Vorschläge des Magistrats in Bürgerkreisen, aber auch in den Kreisen der Volksschullehrer auf lebhaften Widerstand stoßen werden. Die Vertreter der sozialdemokratischen Bürgerschaft werden die Einführung der Einheitsschule fordern und diese Forderung zu begründen wissen. Die Verhandlungen darüber werden also äußerst interessant verlaufen. Und es ist angezeigt, daß den Verhandlungen das allergrößte Interesse entgegengebracht wird. —

Die nächste **Stadtverordneten-Versammlung** am Donnerstag, den 26. Januar, hat eine reichhaltige Tagesordnung zu beraten. Die ersten vier Punkte finden in nichtöffentlicher Sitzung Erledigung. Dann gelangen folgende Punkte zur Beratung: 5. Wahl je eines Mitgliedes des Steuer-Ausschusses zur Veranlagung der Gemeinde-Einkommensteuer und der Kanalgebühr, sowie des gemischten Ausschusses für Anlegung von Radfahrwegen. 6. Haushaltspläne der Armenverwaltung für 1899. 7. Ueberschreitung der für Neubeschaffung von Dekorationen für das Stadt-Theater bewilligten Mittel. 8. Ueberschreitung einiger Titel der Haushaltspläne für den Schlacht- und Viehhof. 9. Verwendung von Sparkassen-Ueberschüssen seitens des Klosters St. Augustini. 10. Verpachtung der Garderoben im Stadt-Theater. 11. Herstellung neuer Straßenschlammfänge im Breitewege zwischen Leiterstraße und Hasselbachplatz. 12. Herstellung des Bürgersteiges vor den Grundstücken Königstraße Nr. 22 und 24 bis 26. 13. Ausdehnung der Wasserleitungsanlage im Nordfriedhofe. 14. Gehaltregelung für den Chemiker an den städtischen Gas- und Wasserwerken. 15. Beschaffung eines Harmoniums für die Kapelle des Zincke-Stifts. 16. Ausdehnung der Besuchszeit für das städtische Museum. 17. Verpachtung eines Teiles der Bauverwalterwiese an die Magdeburger Schützengilde zur Abhaltung des diesjährigen Schützenfestes. 18. Umgestaltung der Bürger- und Volksschulen. 19. Hochbau-Haushaltsplan für 1899. 20. Tiefbau-Haushaltsplan für 1899. 21. Haushaltspläne des Gaswerks, des Wasserwerks und der Werkstatt der Gas- und Wasserwerke für 1899. 22. Organisation des Kanalreinigungswesens. 23. Haushaltsplan des Kanalisationsbetriebes für 1899. —

Die Berliner städtische Verkehrsdeputation hat in ihrer letzten Sitzung einen prinzipiell wichtigen Beschluß gefaßt. Die Ausführung der neu ausgeschriebenen (oberirdischen) Straßenbahnlinie soll nämlich keinem Privatunternehmer übertragen, sondern deren Bau und Betrieb in städtische Regie übernommen werden, vorausgesetzt, daß die eingesetzte Subkommission sich diesem vorläufigen Beschlusse anschließt. Diese wird sich vorwiegend mit den wirtschaftlichen Folgen der Ausführung jenes Beschlusses, sowie mit der für einen städtischen Straßenbahnbetrieb wichtigen Organisationsfrage zu beschäftigen haben. Mit Recht bemerkt hierzu die Volkszeitung: Wenn nur nicht dieselbe Majorität, die der Elektricitätsgesellschaft die Stadt Berlin auf viele Jahre ausgeliefert hat, auch hier der Deputation einen Strich durch die Rechnung macht! — Das Vorgehen der Berliner Verkehrsdeputation ist auch für andere Städte interessant — Magdeburg nicht ausgeschlossen, woselbst erst vor kurzem eine Eingabe der Steinsetzer, die gleichfalls die Uebernahme der Pflasterarbeiten in eigene Regie verlangte, platt unter den Tisch fiel. —

Gerichtliche Urteile.

Landgericht Magdeburg.

Der Redakteur Robert Pistoris hier, geb. 1871, hatte in Nr. 258 der Volksstimme vom 3. November 1898 unter der Spitzmarke: „Frühlingssehnsucht" einen Artikel aufgenommen, der durch seinen Inhalt, insbesondere den Satz: „Ueber das Meer von Osten herüber naht das Kreuz der Erlösung und mit ihm die Knechtschaft und die geistige Umnachtung der Völker, doch das Volk wird frei!" die christliche Kirche öffentlich beschimpfen soll. Der Gerichtshof nahm auf Grund der Verhandlung an, der Angeklagte habe in dem Artikel wohl an Hexenprozesse und Ketzerverfolgungen, nicht aber daran gedacht die christliche Kirche zu beschimpfen. Es erfolgte daher Freisprechung. —

Der Arbeiter Hermann Maaß zu Diesdorf, geboren 1861, hatte sich wegen Vergehens gegen die Religion zu verantworten. Maaß war bereits im vorigen Herbst von der hiesigen Strafkammer wegen dieses Vergehens zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Auf die Revision, die sein Verteidiger, Rechtsanwalt Landsberg einlegte, hob das Reichsgericht das Urteil auf und verwies die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das hiesige Landgericht. Am 15. Juli 1898 wurde daselbst seine Schwiegermutter, Witwe Kaufhold, beerdigt. Es wurde gewünscht, daß die Glocken läuteten, doch sollte die Begleitung des Pastors unterbleiben. Als dies versagt wurde, ersuchten zwei Söhne der Verstorbenen den Pastor um seine Begleitung, die er auch zusagte. Dem Leichenzuge folgten außer dem Angeklagten 6 Söhne der Verstorbenen und andere Leidtragende. Als der Pastor auf dem Kirchhofe die Grabrede gehalten und den Segen gesprochen hatte, trat er etwas zurück. Sofort drängte sich nun der Angeklagte vorbei, warf drei Hände voll Erde ins Grab und sprach dabei: „Du hast gelebt und gestrebt, auf Nimmerwiedersehen!" Maaß giebt zu, ihm sei bekannt, daß der christliche Glaube ein Wiedersehen nach dem Tode lehre. Er habe aber durch seine Worte den christlichen Glauben nicht verspotten wollen und glaube nicht, daß ein Gemeindemitglied Anstoß und Aergernis daran genommen habe. Der Pastor bekundet, der Angeklagte habe die Worte mit erhobener, wie es ihm vorgekommen fast schreiender Stimme gesprochen. Die gottesdienstliche Handlung sei erst beendet, wenn die Leidtragenden die üblichen drei Hände voll Erde in das Grab geworfen hätten und der Hügel gewölbt sei. Dann folge noch ein stilles Gebet. Wie die Worte des Angeklagten auf das Leichengefolge gewirkt haben, weiß Zeuge nicht. Auf den Gemeindekirchenrat erregten die Worte Aufsehen und Empörung. Andere Zeugen sagen aus, der Angeklagte habe die Worte nicht sehr laut und namentlich nicht schreiend gesprochen. Sie wollen keinen Anstoß daran genommen haben. Der Staatsanwalt hielt auf Grund der Verhandlung nur groben Unfug aus § 360 II des Str.-G.-B. für vorliegend und beantragte die höchste zulässige Strafe

---

dem Kinde auf dem Arm läuft sie aus dem Zimmer und schreit mit entsetzlichem Gekreisch: „Ihr Leute, dar hot sich was angethon!"

Die Geschichte scheint alltäglich und ist es den äußeren Umrissen nach auch. Kleine Verhältnisse, kleine Menschen — kleine Schicksale. Je mehr wir uns aber in das Kunstwerk vertiefen, desto bedeutsamer wird alles. Wir haben eine gewaltige Tragödie vor uns, die in einem Sonderfalle typisches Menschenwesen und Menschenschicksal in erschütternder Weise aufzeigt. Diese Menschen der unteren Volksschichten geben uns ein vollständiges Abbild reichsten Menschentums. Im Mittelpunkte dieser Welt steht der Fuhrmann, dieser schlichte, starke und zarte Mensch. Seine grobe Physis schließt eine feine Psyche ein. Er ist ein ungebildeter Mensch, der in einer rauhen Beschäftigung sein Leben verbringt. Aber die Roheit seines Lebens war nicht vermögend, sein innerstes Wesen zu ändern. Dieser grobknochige Mann, dessen körperliche Kraft weithin bekannt ist, empfindet einfach und rein. Die Sorge des Lebens liegt schwer auf ihm. Niederzudrücken vermag sie ihn nicht. Er wehrt sich tapfer, und wenn er zuletzt unterliegt, so geschieht das nicht infolge seiner Schwäche, sondern infolge jener zarten, feinen Organisation seiner Seele, die ihn wohl befähigt, stärker zu leiden als andere, die es ihm aber nicht ermöglicht, gewisse Widerstände zu überwinden. Wo die robuste Natur Unangenehmes abschüttelt oder durch einen festen Entschluß den Knoten zerhaut, da sinnt Henschel den Dingen nach. Er will ihnen auf den Grund gehen. Ein bestimmtes Gefühl der Verantwortlichkeit lebt in ihm. Daher begnügt er sich nicht mit den alltäglichen Trostworten eines Siebenhaar und Wermelskirch. Eine Schuld ist begangen worden. Er weiß nicht bestimmt, ob von ihm oder von Hanne. Aber diese Schuld muß gesühnt werden. Lange trägt er sich mit dem Gedanken einer möglichen Lösung. Er ist eine Hamlet-Natur. Zu einem entschiedenen Schluß kann er nicht kommen. Nur so viel weiß er — er, wie er nun einmal ist, kann er das Leben weiter nicht ertragen. Vielleicht, denkt er wohl, ist wirklich er selbst an allem Unglück schuld und sein Tod ist dann die Sühne.

Henschels Doppelart, seine physische Kraft und seine seelische Feinheit, ist in bewunderungswürdiger Weise gezeichnet. In jedem seiner Worte, in jeder seiner Handlungen erscheint der ganze Mensch vor uns. Sein Widerspiel ist Hanne Schäl, die seine zweite Frau wird. Sie hat nur eine Seite mit Henschel gemein, und die findet er auch bald heraus und die gefällt ihm so sehr an ihr. Sie ist unermüdlich thätig, voll arbeitsamen Geistes. In allem anderen aber ist sie sein Gegensatz. Er ist dem Genuß zwar nicht abhold, aber er sucht ihn nicht auf. Hannes derbes Wesen lechzt nach den Freuden der Sinnlichkeit. Ihr gesunder, praller Leib strömt förmlich Lebenslust aus. Ja, ihre Arbeitsfreude mutet fast wie der Versuch an, nur um jeden Preis überschüssige animalische Kraft loszuwerden. Wenn Henschel nie an sich, immer nur an die anderen denkt, so berechnet Hanne zu jeder Stunde ihr Wohl. Mit brutaler Naivität arbeitet sie auf dieses hin. Was sie auf dem Wege zu ihrem Glück hindert, das stößt sie kalt und rücksichtslos zurück. Am deutlichsten zeigt sich dies in ihrem Verhalten zu ihrem Kinde. Ihre freche Sicherheit und maßlose Unverschämtheit verlassen sie erst angesichts der ruhigen, aber bedrohlichen Haltung Henschels und bei seinem Tode.

Um diese beiden Personen gruppieren sich nun eine Reihe anderer, die vom Dichter natürlich nicht mit derselben Ausführlichkeit, aber trotzdem mit voller Deutlichkeit gezeichnet sind: Henschels erste Frau Amalie, die in schwerer Krankheit daniederliegt und noch in ihrem fast letzten Augenblick von Eifersucht gequält wird, das weinerliche Weib, das in hilfloser Klage der Wirtschaft, die unglaublicherweise auch ohne sie geht, vom Bette aus zusieht, eine jener Naturen, die fest an ihre Unentbehrlichkeit glauben. Sie liebt ihren Mann, ist aber klein und eng, so daß sie ihm ein thörichtes Versprechen abzwingt. Sie weiß es mehr als eine andere, daß ihr Mann in der Wirtschaft eine Hausfrau braucht. Der Pferdehändler Walther ist Amaliens Bruder, ein gewöhnlicher Mensch, der gern mit den anderen Leuten tratscht und es nicht verwinden kann, daß nun an Stelle seiner Schwester eine andere haust. Siebenhaar ist der Besitzer des Hotels „zum grauen Schwan". Er lebt auch schwer. Ein braver Kerl, der es mit Henschels gut meint. Im ganzen eine tüchtige Natur mit starkem menschlichen Empfinden. Wermelskirch, Siebenhaar's Pächter, war früher Schauspieler. Bei aller Reduziertheit gutmütig. Seine Frau ist schon sehr übertragen, sie schleppt ihre komödiantische Vergangenheit getreulich mit sich. Die Tochter dieser beiden, Franziska, wird einmal noch ein fesches Mädel werden, die die Früchte von der Tafel des Lebens nehmen wird, wo und wie sie kann. Der Kellner George ist der richtige Windhund. Außen Kellner-Eleganz, innen wurmstichig. Der Hausierer Fabig, der Kutscher Franz, der Knecht Hauffe, der Schmied Hildebraut, der Tierarzt Grunert treten nur episodisch auf, aber jeder von ihnen ist ganz und echt.

Diese Tragödie des starken, schlichten, einfachen, zartsinnigen Mannes hat überall eine tiefe Wirkung erzeugt. Darin liegt etwas Tröstliches für die Zukunft. Beginnt schon die Wende? Besinnen sich die Menschen darauf, daß alle echte und bleibende Größe des Menschen in seinem inneren Wesen liegt? Ergreift uns wieder stark das Schicksal des edleren Menschen, der untergeht? Bis jetzt waren die ausschließlichen Lieblinge des Publikums die brutalen Sieger! —

von 6 Wochen Haft. Der Verteidiger ersuchte um Freisprechung und führte aus, der Angeklagte habe sich durch seine Worte nicht im Gegensatz zur christlichen Religion gesetzt. Der Gerichtshof hielt ein Vergehen gegen § 166 und 67 des Str.-G.-B. für ausgeschlossen, dagegen Verübung groben Unfugs für erwiesen, denn die Worte des Angeklagten sollten gegen den Auferstehungsglauben gehen und waren geeignet, das Publikum zu belästigen. Es erscheine eine Haftstrafe von 4 Wochen angemessen, auf die erkannt wurde. —

Der Tischlergeselle Robert Pape hier, geb. 1873, wurde im Jahre 1898 von dem Kaufmann Herzberg als Courierbote beschäftigt und erhielt einen bestimmten Bezirk zuerteilt. Er will wiederholt dem Arbeitgeber geklagt haben, daß er mit Bestellungen überbürdet sei und die Arbeit nicht schaffen könne. Herzberg habe aber stets mit groben Schimpfreden geantwortet und keine Abhilfe geschaffen. Deshalb habe Angeklagter über 500 Stück zu bestellende Zeitungen, Cirkulare und Drucksachen in seiner Wohnung bei Seite gelegt und dann zum größten Teil in einen Sarg gesteckt, den sein Vater gerade für die verstorbene Frau Pätz angefertigt hatte. Der Arbeitgeber habe stillschweigend geduldet, daß wegen Ueberbürdung Bestellungen nicht ausgeführt und bei Seite geschafft wurden, was dieser eidlich in Abrede stellt. Der Gerichtshof strafte den Angeklagten mit 2 Wochen Gefängnis wegen Urkundenfälschung. —

Der Steingutdreher Friedrich Vollbeding, geb. 1880, der Arbeiter Gustav Kracht, geb. 1879, und der Dreherlehrling Friedrich Kracht, geb. 1883, sämtlich vorbestraft, zu Neuhaldensleben, betraten am 6. November 1898 in den Fuchsbergen bei Neuenhofe zwecks des Kaninchenfangs fremde Grundstücke. Als der Jagdpächter erschien und erklärte, er werde den von den Angeklagten mitgebrachten Hund totschießen, packte Vollbeding den Jagdpächter an den Hals, schüttelte ihn, griff nach seinem Gewehr und bedrohte ihn mit einer Branntweinflasche. Der Gerichtshof erkannte wegen der Uebertretung gegen die beiden ersten Angeklagten auf je 40 Mark Geldstrafe, gegen den dritten auf 5 Mark Geldstrafe, ferner gegen Vollbeding wegen des Widerstands auf 9 Monate Gefängnis. —

Gewerbegericht Magdeburg.

Wenn ihr mit dem Aussetzen nicht einverstanden seid, protestiert dagegen. Der Arbeiter P. behauptet, am 24. vorigen Mts. von dem Fuhrherrn Hübner ohne Kündigung entlassen zu sein, er verlangt deshalb für vierzehn Tage 36 Mark Entschädigung. Nach Aussage des Beklagten und der Zeugen sollte Kläger nur bis Neujahr aussetzen, er habe aber seine Quittungskarte gleich nach Weihnachten selbst verlangt, um sich Arbeit zu suchen. Die Zeugen bekunden ferner, daß Kläger mit dem Aussetzen stillschweigend einverstanden gewesen sei. Kläger wird mit seiner Forderung abgewiesen. —

Beim Empfange eurer Papiere seht nach, ob alles in Ordnung ist. Die Arbeiterin Sch. wurde am 24. v. Mts. von der Firma F. J. Schrader (Schokoladenfabrik) entlassen. Am 3. d. Mts. erhielt sie erst ihr Arbeitsbuch unvollständig ausgefüllt. Da die Klägerin durch das Fehlen der Unterschrift im Arbeitsbuche keine Arbeit erhielt, verlangt sie für zwei Wochen vom 3. d. Mts. ab je 7 Mark Entschädigung und ein ordnungsmäßig ausgefülltes Arbeitsbuch. Die Beklagte wird zur Zahlung von 14 Mark und Ausfüllung des Arbeitsbuches verurteilt. —

Verlangt die Zeit des Aussetzens bezahlt. Der Gelbgießer St. mußte bei dem Gelbgießermeister Walking aussetzen, weil keine Arbeit für ihn da war. Als er sich am 9. d. M. zur Arbeit meldete und noch keine Arbeit bekam, verlangte er seine Entlassung, die er auch bekam. St. verlangt, da eine Woche Kündigung vereinbart war, für diese Zeit 19.80 Mark Entschädigung. Beide Parteien einigen sich auf 15 Mark, die Beklagter zu zahlen hat. —

Der Töpfer Thänis aus Berlin, welcher sich am 2. Oktober v. J. in Leipzig aufhielt, geriet nach einer sehr ausgedehnten Bierreise in den Abendgottesdienst der dortigen Peterskirche, den er wiederholt störte. Als der amtierende Geistliche die Bibelstelle erwähnte, nach welcher der Heiland den Kelch nahm, rief Thänis zweimal „Prosit!" Th. wurde deshalb unter Anklage gestellt und vom Landgericht Leipzig zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt. Als strafmildernd kam für ihn in Betracht, daß er durchaus nicht unkirchlich gesinnt sei und an jenem Abend völlig betrunken war. —

Vor dem Berliner Schöffengericht standen zwei Maurer unter der Anklage der Nötigung und des Vergehens gegen § 153 der G.-O. Des letzteren Vergehens sollten sie sich dadurch schuldig gemacht haben, daß sie Arbeitswillige, die nicht an einem Ausstande teilnahmen, durch Drohungen zur Arbeitseinstellung haben bewegen wollen. Die auf Nötigung lautende Anklage mußte der Staatsanwalt selbst fallen lassen, ebenso gegen den einen der beiden Angeklagten den zweiten Teil der Anklage. Der Staatsanwalt beantragte gegen den einen Angeklagten, obgleich auch gegen ihn nicht ein einziger Schuldbeweis erbracht war, wegen Bedrohung eine Gefängnisstrafe von neun Monaten. In seinem Plaidoyer führte er aus: Erst neuerdings sei wieder auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, die „Arbeitswilligen" vor den Belästigungen durch die Streikposten zu schützen, die, **anstatt für ihre Familien zu sorgen, sich aus der Streikkasse mästen.** Bei der Abmessung der Strafe müsse darauf Rücksicht genommen werden, daß sie abschreckend wirken solle. Der Gerichtshof hielt den Thatbestand der Nötigung allen Ernstes für erwiesen und verurteilte den Angeklagten zu sechs Monaten Gefängnis. —

Die Strafkammer in Mülhausen i. Els. verurteilte einen 15jährigen Knaben wegen Störung des Gottesdienstes in der katholischen Kirche zu 6 Monat Gefängnis. Ein strenges Urteil, das vielfach besprochen wird.

Eingesandt.

Vom **Ausschuß für Blumenpflege durch Schulkinder** geht uns über die letzte Sitzung desselben folgender Bericht zu. Der Ausschuß trat am Donnerstag, den 19. Januar in einer Sitzung zusammen. Der Vorsitzende, Herr Rektor Pohlentz, gab zunächst einen kurzen Jahresbericht. Es wurden im vergangenen Jahre an die Mädchen der ersten beiden Klassen unserer Volksschulen über 2150 Pflanzen und zwar Gürtel- und Epheupelargonien, Fuchsien, Coleus und Begonien verteilt. Die gepflegten Exemplare kamen am 11. September in der durch die städtische Behörde bewilligten und würdig geschmückten Friesenhalle zur Ausstellung. 148 Mädchen, welche die besten Resultate geliefert, erhielten wertvolle Pflanzen wie Palmen rc., welche von Gönnern und Freunden der Sache dem Ausschuß zur Verfügung gestellt waren. Ferner wurden 116 Diplome und 69 Büchlein über Blumenpflege als zweite und dritte Preise verteilt. Sämtliche Prämien wurden den betreffenden Herren Rektoren zur Aushändigung an die Kinder zugestellt. Die Herren Schulleiter, Lehrer und Gärtner, die sich für die Förderung der Blumenpflege durch Kindeshand interessiert, wurde nochmals auch bei dieser Gelegenheit dankbar gedacht. Anerkennende Würdigung erhielt der Ausschuß gelegentlich der Ausstellung durch ein Handschreiben des Herrn Oberpräsidenten, auch hob Herr Schulrat Dr. Franke es bei der Festfeier hervor, daß der Magistrat mit Wohlwollen die Bestrebungen des Ausschusses verfolge und weiter zu unterstützen gewillt sei. — Der Kassenwart, Herr Obergärtner Linnenkohl, gab sodann ausführlichen Bericht über die Einnahmen und Ausgaben, sowie den Bestand der Kasse. Für die Anschaffung der verteilten Pflanzen wurden 238 Mk. verausgabt, die sonstigen Ausgaben betrugen 134 Mark, in Summa also 372 Mark. Auf Wunsch der Versammlung trat eine Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes nicht ein. Es bleibt 1. Vorsitzender Herr Rektor Pohlentz, 2. Vorsitzender Herr Gärtnereibesitzer Baumgarten, Schriftführer Herr Rektor Stumvoll und Kassenwart Herr Obergärtner Linnenkohl. Sodann werden als Pflanzenarten, die in diesem Jahre gepflegt werden sollen, Epheu- und Gürtelpelargonien, Coleus und Fuchsien bestimmt. Wie im Vorjahre sollen Stecklingspflanzen gekauft werden, doch [illegible] die dazu gewählte Kommission kräftige, dauerhafte Sorten wählen. Da seitens der Stadt Magdeburg die Subvention von 300 auf 500 Mark erhöht ist, werden mit Genehmigung der Schuldeputation außer den Mädchen auch die ersten Klassen der Knabenschulen und die Kinder der katholischen Schule zur Blumenpflege herangezogen werden. Es sind etwa 2500 Pflanzen anzukaufen. Die Einholung der Offerten übernimmt der Vorstand, den Ankauf die vorhin erwähnte Kommission. —

Vereine, Versammlungen, Vergnügen.

Sonntag, den 15. Januar, nachmittags 4 Uhr, tagte im Lokale des Herrn Ritter in Groß-Ottersleben eine **Versammlung des Metallarbeiterverbandes.** Beim 1. Punkte der Tagesordnung wurde die Wahl der Bezirksleitung vorgenommen. Der neugewählte Bezirksleiter gab als Delegierter den Bericht von der Metallarbeiter-Konferenz in Aschersleben. Der 2. Punkt der Tagesordnung rief eine lebhafte Debatte über die Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung hervor. Nachdem wurde die Wahl der Delegierten zur Generalversammlung vorgenommen. Es wurden die vorgeschlagenen Kollegen mit 54 Stimmen gewählt. Eine Resolution, worin sich die Versammlung mit der Einführung der Arbeitslosen-Unterstützung und Erhöhung der Beiträge auf 30 Pfennig einverstanden erklärte, wurde angenommen. Nachdem der Bezirksleiter noch alle Anwesenden ermahnt hatte, sich rege am Verbandsleben zu beteiligen, wurde die Versammlung mit einem Hoch auf das Blühen und Gedeihen des Deutschen Metallarbeiterverbandes um 6½ Uhr geschlossen. —

In Gommern fand am Sonnabend, den 14. Januar, im Lokale „Zur Sonne" eine Versammlung der dortigen Filiale des **Maurer-Verbandes** statt, welche so stark besucht war, daß der geräumige Saal die Erschienenen nicht zu fassen vermochte und die Nebenräume besetzt werden mußten. Trotz der mehrfachen Androhung des überwachenden Beamten, die Versammlung wegen Ueberfüllung zu schließen, konnte dieselbe bis zur Erledigung der reichhaltigen Tagesordnung tagen. Nach einem Referat des Genossen Pistorius-Magdeburg über: „Die wirtschaftlichen Verhältnisse der deutschen Arbeiter" ergriff Kollege Voigt-Magdeburg das Wort, schilderte einige lokale Vorgänge und ging auf die Bedeutung des demnächst in Berlin stattfindenden Verbandstages ein. Nach Erledigung einiger Vereinsangelegenheiten wurden die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt und Kollege Voigt-Magdeburg mit der Vertretung der Filiale auf dem Verbandstage betraut. —

Donnerstag, 26. Januar:

Turnverein „Einigkeit", Buckau. Jeden Dienstag und Donnerstag abends 8 Uhr Turnstunde in „Friedrichslust", Leipzigerstraße.

Sudenburger Arbeiter-Gesangverein. Jeden Donnerstag abends 8 Uhr Uebungsstunde im Deutschen Hof, Michaelstraße 16.

Arbeiter-Gesangverein „Gleichheit", Kl.-Ottersleben. Jeden Donnerstag abends 8½ Uhr Uebungsstunde bei Restaurateur Mylius.

Radfahrerverein „Falke" in Burg. Jeden Donnerstag Saalfahren im „Hoffäger".

Wasserstände.

+ bedeutet über — unter Null.

					Fall	Wuchs
Unstrut und Saale.						
Straußfurt	23. Jan.	+ 1.95	24. Jan.	+ 1.80	0.15	—
Trotha	„	+ 3.28	„	+ 3.06	0.22	—
Alsleben	„	+ 3.18	„	+ 3.06	0.12	—
Bernburg	„	+ 2.75	„	+ 2.55	0.20	—
Calbe, Oberpegel	„	+ 2.28	„	+ 2.10	0.18	—
do. Unterpg.	„	+ 2.82	„	+ 2.58	0.24	—
Mulde.						
Dessau Muldebrücke	23. Jan.	+ 1.10	24. Jan.	+ 1.09	0.01	—
Iser, Eger, Moldau.						
Jungbunzlau	22. Jan.	+ 0.42	23. Jan.	+ 0.28	0.16	—
Laun	„	+ 1.42	„	+ 1.19	0.23	—
Budweis	„	+ 0.40	„	+ 0.38	0.02	—
Prag	„	+ 0.98	„	+ 0.76	0.22	—
Havel.						
Brandenburg Oberpegel	22. Jan.	+ 2.27	23. Jan.	+ 2.28	—	0.01
do. Unterpegel	„	+ 1.84	„	+ 1.88	—	0.04
Elbe.						
Pardubitz	22. Jan.	+ 1.06	23. Jan.	+ 1.20	—	0.14
Brandeis	„	+ 1.52	„	+ 1.28	0.24	—
Melnik	„	+ 1.20	„	+ 0.95	0.25	—
Leitmeritz	„	+ 1.04	„	+ 0.95	0.09	—
Aussig	23. „	+ 1.55	24. „	+ 1.31	0.21	—
Dresden	„	+ 0.30	„	+ 0.12	0.18	—
Torgau	„	+ 2.62	„	+ 2.58	0.04	—
Wittenberg	„	+ 3.18	„	+ 3.16	0.02	—
Roßlau	„	+ 2.83	„	+ 2.78	0.05	—
Barby	„	+ 3.38	„	+ 3.30	0.08	—
Schönebeck	„	+ 2.97	„	+ 2.91	0.06	—
Magdeburg	24. „	+ 2.80	25. Jan.	+ 2.73	0.07	—
Tangermünde	23. „	+ 3.52	24. „	+ 3.58	—	0.06
Wittenberge	„	+ 2.90	„	+ 3.04	—	0.14
Dömitz, Pegel	„	+ 1.90	„	+ 2.25	—	0.26
Lauenburg	„	+ 2.06	„	+ 2.27	—	0.21
Warthe.						
Posen	22. Jan.	+ 2.32	23. Jan.	+ 2.38	—	0.06
Küstrin	20. „	+ 1.12	21. „	+ 1.25	—	0.13

Grundstück mit Restauration und Vereinszimmer ist sofort zu verkaufen. Bierumsatz 300 Tonnen. Anzahlung 8000 Mk. Offerten unter **K. 10 postlagernd M.-Buckau** erbeten. 54

Johanna Bartholomäus, Zahnkonsulentin
Buckau, Marktstraße 13. 214
Schmerzlose Zahnoperationen.

Flechten
jeder Art, sowie alle anderen
Ausschlags-Krankheiten
heile durch ein ganz neues, einfaches, mildes Verfahren. Keine Berufsstörung. Keine Aenderung der Lebensweise. 55
Fr. Kolbe, Fassloch sberg 19.

Standesamt.

Magdeburg, 24. Januar.

Aufgebote: Musiklehrer August Karl Wilhelm Jördens mit Emma Anna Friederike Schmeisl in Hannover. Arb. Wilh. Bütow mit Anna Globert in Berlin. Fabrikarbeiter Gottfr. Christ. Bense mit Auguste Luise Gericke in Schönebeck. Postsekretär Friedrich Heinrich Gustav Oehlkers hier mit Martha Bertha Anna Mathilde Knop in Hannover. Pferdebahnkutscher Edmund Alfred Hermann Walter mit Bertha Emma Martha Bunke in Berlin. Schlosser Hermann Lies mit Martha Schwenk in Fermersleben. Schneidermstr. Friedrich Louis Joh. Müller in Wippra mit Emma Bertha Arndt in Pansfelde. Arb. Karl Paasch hier mit Friederike Kuhle in Gollmenglin.

Eheschließung: Korrespond. Rich. Köppe in Buckau mit Rosalie Nain hier.

Geburten: Margarete, T. des Schloss. Wilhelm Kunze. Else, T. des Hilfsbremsers Joh. Krüger. Anna, T. des Monteurs Louis Burggraf. Erwin, S. des Maurers Emil Scholz. Gertrud, T. des Victualienhändlers Gustav Münchmeier. Willy, S. des Schneid. Gustav Wiswey. Hermine, T. des Bauaufsehers Hermann Harthun.

Todesfälle: Ludwig Borchert, Schneider, 80 J. 4 M. 25 T. Martha, T. des Arbeiters Karl Standau, 1 J. 2 M. 7 T. Wilhelm Warnecke, Arbeiter aus Nordgermersleben, 46 J. 1 M. 27 T. Fritz Fiebig, Klempnermeister, 52 J. 6 T. Friedrich Habekuß, Möbelhändler, 49 J. 11 M. 23 T. Wilhelm Titsch, Fleischermeister, 63 J. 6 M. 3 T. Luise, geborne Schiele, Ehefrau des Schuhmanns Karl Vinnemann, 31 J. 2 M. 4 T. Marie, geb. Kraft, Wwe. des Fuhrmanns John, 68 J. 11 M. 15 T. Johann, unehelich, 2 M. 3 T.

Sudenburg, 23. Januar.

Aufgebote: Straßenbahn-Schaffner Ernst Friedrich Karl Redlich mit Helene Marie Bertha Stappenbeck hier. Berufsgenossenschaftssekretär Heinrich Albert Ferd. Hellmer in Groß-Ottersleben mit Witwe Wick, Friederike Elisabeth, geb. Liethge hier.

Geburten: Hermann, S. d. Schmieds Franz Knuth. Horst, S. des Betriebsbeamten Horst Severt. Gertrud, T. des Bureauboten Heinrich Scheffler. Paul, S. des Arbeiters August Stahl. Anna, T. des Kesselschmieds Karl Kullmann. Ludwig, S. des Schlossers Otto Birch. Else, T. des Arbeiters August Moder.

Todesfälle: Martin Lang, Dr. der Chemie, 38 J. 6 M. 27 T. Martha, T. des Kutschers Heinrich Bock, 3 M. 5 T.

Vom 23. Januar.

Geburten: Elfriede, T. des Tischl. August Nessau. Nanny, T. des Schlossers Max Schumann. Wilhelm, S. des Former Wilhelm Düll. Paul, S. des Arbeiters [illegible]mann Peiers.

Todesfälle: Willy Rudolf, unehel. Karl Heise, Arbeiter, aus Sülldorf, 17 J. 5 M. 6 T.

Buckau, 23. Januar.

Aufgebot: Kupferschmied Joachim Heinrich Adolf Christ. Niemeyer mit Anna Lisette Sophie Julie Weitzin hier.

Geburten: Hermann, S. des Schloss. Hermann Folhi. Ludwig, S. des Färber[illegible]isters Ludwig Bansleben. Martha, T. des Straßenbahnschaffners Max Meincke. Kurt, S. des Schlossers Richard Pimps. Franz, S. des Arbeiters Franz Langer.

Todesfälle: Luise, geb. Schultze, Wwe. des Fabrikwächters Friedrich Heitzmann, 66 J. 5 M. 9 T. Erna, unehel., 1 M. 24 T.

Vom 24. Januar.

Geburten: Gertrud, T. des Lehrers Adalbert Wachtel. Ernst, S. des Hilfsbremsers Ernst Gerlach. Bruno, S. des Schlossers Karl Scheidler. Eduard, S. des Bäckermeisters Eduard Lübben. Martha, T. des Drehers Andreas Schaffner.

Todesfälle: Willy, S. des Kaufm. Wilhelm Gerloff, 6 M. 13 T.

Totgeburt: Eine T. des Hilfsbremsers Friedrich Pollin.

Neustadt, 23. Januar.

Eheschließungen: Bautechn. Otto Scheibel mit Ida Bolze. Modelltischler Heinrich Quentz mit Wwe. Levit, Elisabeth, geb. Hassauer.

Geburten: Paul, S. des Arbeiters Christ. Mensing. Walter, S. des Arbeiters Albert Döhring. Anna, T. des Posthilfsboten Richard Otte.

Todesfälle: Privatmann Friedrich Jung, 69 J. 10 M. 6 T. Liesbeth Anna, unehel., 28 T. Arbeiter Friedr. Schönemann, 39 J. 11 M. 19 T. Benno, S. des Schuhmachers Benno Voigt, 1 J. 3 M. 28 T. Gustav, S. des Formers Wilhelm Milenz, 6 M. 12 T. Emilie Feldheim, geb. Veit, 50 J. 11 M. 18 T.

Vom 24. Januar.

Aufgebot: Drechsler Karl Ferdinand Wilhelm Ullrich mit Emma Pauline Anna Franke.

Geburten: Willy, unehel. Ernst, S. des Pantoffelmachers Wilhelm Schütze. Frieda, T. des Arbeiters Otto Albrecht. Frieda, T. des Arbeiters Gustav Ehrenberg. Martha, T. des Lederfärbers Herm. Knoth. Robert, S. des Schlossers Max Warnecke. Arthur Karl August, unehel.

Todesfälle: Ida, T. des Eisendreh. August Dettmann, 2 J. 3 M. 24 T. Wally, T. des Konditors Otto Kindermann, 1 J. 2 M. 8 T. Witwe Fasse, Karoline geb. Bergmann, 85 J. 1 M. 19 T. Hermann, S. des Arbeiters Gust. Kunert, 2 J. 5 M. 22 T.

Burg, 21. Januar.

Aufgebot: Schiffseigner Friedrich Wilhelm August Huth in Parey a. E. mit Mathilde Auguste Müller hier.

Geburt: S. des Mühlenbesitzers Ernst Schultze. T. unehel.

Vom 23. Januar.

Aufgebot: Tischler, Johann Karl Paul Pfeffer mit Marie Auguste Friederike Wohlenberg.

Geburten: Sohn des Schuhmachers Gottlob Deutscher. Sohn des Fuhrmanns Adolf Pohlmann. Sohn des Häuslers Hermann Wustrau in Parchau. Tochter des Tischlers August Otto. Tochter des Schuhmachers Nikolaus Deregowski.

Todesfälle: Agnes Fuge gen. Ide, T. des Arbeiters Gustav Fuge, 1 J. 2 M. 25 T. Schuhmacher Fritz Schröder, 31 J. 4 M. 14 T.

Totgeburt: Ein Sohn des Pol[illegible]siergeanten Enno Kressig.

Neuhaldensleben.

Aufgebot: Schlosser A. A. Tübke in Magdeburg mit M. Olms hier.

Geburten: 16. Jan.: Schuhmachermeister G. Hahn ein Sohn. 21. Jan.: Bahnsteigschaffner C. Tischer eine Tochter.

Todesfälle: 20. Jan.: Ehefrau des Arbeiters Fr. Käsdorf, geb. Sander, 62 J. 15 T. Sohn des Maurers L. Krause, 5 M. 19 T. 21. Jan.: Sohn des Handelsmanns A. Michael, 2 M. 10 T.

Totgeburt: Bahnsteigschaffner C. Tischer eine Tochter.

Sehenswürdigkeiten.

Stadt-Bibliothek: An den Wochentagen geöffnet von 10—1½ Uhr.

Museum: Unentgeltlich geöffnet am Sonntag von 11—2, desgl. an den Wochentagen (mit Ausnahme des Montags) vormittags von 11—3 Uhr. Am Montag (Reinigungstag) zu der gleichen Zeit 50 Pfg.

Grusonsche Gewächshäuser im Friedrich Wilhelms-Garten: Geöffnet von morgens 9 Uhr bis nachmittags bis zum Eintritt der Dunkelheit. Eintritt Montags 1 Mark, an den übrigen Tagen 30 Pfg., schulpflichtige Kinder 20 Pfg. Unentgeltlich geöffnet: Mittwoch von 10 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm. An Sonntagen geöffnet von vormittags 9 Uhr bis zum Eintritt der Dunkelheit. An jedem 1. Sonntag im Monat ist der Eintritt frei, sonst vormittags 30 Pfg., nachmittags 10 Pfg.

Der Dom unentgeltlich geöffnet sonntäglich stets in der Zeit zwischen dem Vormittagsgottesdienst der Civil- und Militärgemeinde. Zu allen anderen Zeiten Meldung beim Küster, Gebühr 50 Pfg.

[illegible]rama Magdeburg, Kaiser Wilhelm-Platz.

Heinrichshofensche Kunst-Ausstellung Eintritt frei.

Rathkes Kunstsalon. Geöffnet Wochentags 8—7 Uhr. Eintritt frei.

Unterhaltungsteil.

41)

Geächtet.

Nachdruck verboten.

Roman von Ferdinand Hermann.

Gerhard war mit einer so heftigen Bewegung aufgesprungen, daß Müncheberg in unwillkürlichem Erschrecken zusammenfuhr.

„Kein Wort mehr!“ rief er, „oder ich sage es morgen Herrn Ludwig Nehlsen freimütig ins Gesicht, daß Sie ihn täglich belügen und hintergehen, daß Sie heuchlerisch und falsch sind, und daß man gut thun wird, noch einmal zu untersuchen, wer damals der Schuldige gewesen ist!“

Mütcheberg blasses Gesicht färbte sich plötzlich mit einer dunklen Röte, und rasch, als läge ihm daran, dieselbe zu verbergen, löschte er die neben seinem Bette auf dem Tisch brennende Kerze aus.

„Sie sind ein vollständiger Narr, Rasmus!“ brummte er dann. „Es ist unmöglich, mit Ihnen ein scherzhaftes Wort zu reden!“

Das Knarren des Bettgestells verriet, daß er sich auf die andere Seite geworfen hatte und damit nun auch seinerseits die Unterhaltung als beendet anzusehen wünschte. Aber er schlief ebenso wenig ein, als sein Stubengenosse, den die zornige Aufregung noch munter hielt. Jeder von ihnen hatte jetzt die unumstößliche Gewißheit vom Haß des anderen, und die Luft des kleinen Zimmers lag schwer auf ihnen, weil jeder wußte, daß es ein Todfeind war, welcher sie mit ihm atmete.

„Der Bursche wird mir zu gefährlich!“ murmelte noch Müncheberg in die Kissen, während sich unwillkürlich seine Faust ballte. „Ich darf es nicht weiter gehen lassen. Er muß davon, so lange es noch Zeit ist!“ —

Mit schweren Gliedern und brennenden Schmerzen erhob sich Gerhard am folgenden Morgen von seinem Lager. Müncheberg schlief noch, und die Atemzüge kamen unruhig und pfeifend aus seiner Brust. Sein bleiches Gesicht hatte jetzt, wo er die Herrschaft über seine Züge verloren hatte, einen geradezu abschreckenden Ausdruck von Bosheit und Grausamkeit, und Gerhard empfand bei seinem Anblick eine Regung des Ekels, die er sonst einem anderen Menschen gegenüber stets für eine Sünde gehalten haben würde. Obwohl er sich so krank fühlte, daß ihm sein Körper fast den Dienst versagte, beendete er doch seinen Anzug mit fliegender Hast und ging dann ohne Verzug in das Comptoir herunter.

Es war noch sehr früh, und von den Angestellten der Firma noch niemand anwesend, als der Comptoirdiener, ein verschlagener, und dabei stets unfreundlicher Mensch von etwa dreißig Jahren, für welchen Gerhard von vornherein wenig Zuneigung empfunden hatte und mit dem er darum stets nur das unumgänglich Notwendige gesprochen.

Kruse — so hieß der Comptoirdiener — machte ein sehr verwundertes Gesicht, als er den jungen Kommis so frühzeitig eintreten sah.

„Sie haben es ja heute verteufelt eilig, Herr Asmus,“ warf er mit einem spöttischen Grinsen hin. „Der Alte würde sich gewiß riesig freuen, wenn er so viel Pflichteifer sehen könnte.“

Die unverschämte Vertraulichkeit des Menschen war Gerhard unangenehm, und er hielt es für richtig, ihn in seine Schranken zurückzuweisen.

„Ich wünsche nicht, daß in meiner Gegenwart in solchem Ton von Herrn Nehlsen gesprochen werde, Kruse,“ sagte er. „Auch bin ich keineswegs heruntergekommen, weil ich den Anschein besonderen Pflichteifers erwecken möchte, sondern lediglich, weil ich mich unwohl fühlte und weil mich die Luft meines Schlafzimmers beengte.“

Kruse brummte etwas Unverständliches vor sich hin. Er war offenbar beleidigt. Gerhard aber kümmerte sich nicht weiter um ihn, sondern schloß sein Pult auf und begann zu arbeiten. Aber die Zahlen schwirrten ihm vor den Augen durcheinander, und es war ihm fast unmöglich, seine Gedanken bei einem einzigen Gegenstande zusammenzuhalten. Zuletzt befiel ihn ein förmlicher Schwindelanfall, und er mußte die Feder niederlegen, um ihn vorübergehen zu lassen.

Zufällig fiel sein Blick jetzt auf den großen verschlossenen Geldschrank, der ihm gegenüber an der anderen Seite des Zimmers stand. Hier hatte der Kassierer seinen Platz, der von den übrigen Pulten durch ein mehr als mannhohes, mit einer Spitze versehenes Gitter getrennt war. Aus diesem Geldschrank war also jenes Päckchen mit Kassenscheinen verschwunden, dessen Diebstahl man dem unglücklichen Sebald zur Last gelegt hatte; und unwiderstehlich trieb es ihn, sich die Oertlichkeit etwas genauer anzusehen. Der große eisengepanzerte Koloß, an dessen Aeußern so gar nichts von einem Schloß oder anderen Versperrung wahrzunehmen war, hatte ohnedies schon oft eine Art von ehrfurchtsvoller Neugier in ihm wachgerufen, und da er zur Beruhigung seines fieberhaft aufgeregten Blutes einige Mal in dem großen Raum auf und nieder gehen wollte, konnte er der Versuchung nicht widerstehen, durch die geöffnete Gitterthür in den Verschlag zu treten und den Schrank einmal recht genau von allen Seiten zu betrachten.

Es mußte in der That schier unmöglich sein, dieses Ungeheuer gewaltsam zu öffnen; denn Gerhard konnte trotz des aufmerksamsten Forschens nicht einmal eine Fuge entdecken, an der ein Meißel oder ein Brecheisen anzusetzen gewesen wäre. Auch ein Schlüsselloch war nirgends zu erblicken. Jedenfalls war dasselbe unter einer der Verzierungen verborgen, die aber sämtlich so fest lagen, daß Gerhard, der halb spielend an dem Schrank herumtastete, keines von der Stelle zu bewegen vermochte.

„Ja, es ist eine verteufelte Geschichte mit einem solchen Kasten,“ tönte hinter ihm die spöttische Stimme Kruses, der das Comptoir vor einer kleinen Weile verlassen hatte, und der nun, nachdem er geräuschlos wieder eingetreten, das Beginnen des jungen Mannes schon eine Minute lang mit halb verwunderter und halb boshafter Miene beobachtet hatte. „Wer nicht damit Bescheid weiß, der kann sich sehr unangenehm die Finger daran verbrennen.“

Gerhard war rasch zurückgefahren, und obwohl er weder eines Unrechts noch einer bösen Absicht bewußt war, hatte ihm doch der ironische Ton des Comptoirdieners das Blut in die Wangen getrieben. Ohne ihn einer Antwort zu würdigen, kehrte er an seinen Platz zurück und nahm seine Arbeit wieder auf.

(Fortsetzung folgt.)

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Die nachgelassene Oper Lortzings „Regina“ wird im Frühjahr auf der Bühne des Berliner Opernhauses erscheinen. Das ursprüngliche Libretto war aber zu revolutionär; und so hat denn Adolf L'Arronge auf Bestellung ein neues geliefert. Die Geschichte spielt jetzt, statt im Jahre 1848, in der Zeit der Befreiungskriege. Der Lortzing hat ja glücklicherweise nichts mehr zu sagen. —

Sarah Bernhardt eröffnet mit Sardous „Tosca“ das von ihr gepachtete Théâtre de Nation, wo bisher die Opera Comique eingemietet war. Das Haus ist unverändert geblieben. Die neue Bühnenausstattung ist reich und geschmackvoll. Sarah Bernhardt wurde von der Gemeinde ihrer Bewunderer stürmisch gefeiert. —

Sudermanns Märchensymbol „Die drei Reiherfedern“ wurde am Sonnabend abend im Deutschen Theater in Berlin mit starkem Erfolg aufgeführt, nicht ohne einige, zu Schluß lebhaftere Opposition. Ein Prinz, vom Zauber in den Reiherfedern genarrt, schweift rastlos nach dem großen feiertäglichen Glück und verkennt das Glück im Winkel, das ergebene Weib an seiner Seite. Ein umfassender, mit Reflexion überladener Apparat ist für alte, nicht zu tiefe Spruchweisheit errichtet. Am lebhaftesten packte der starke Theaterkenner Sudermann im vierten Akt.

Von „Fuhrmann Henschel“ ist von dem Autor eine der Schriftsprache angenäherte Fassung hergestellt worden; sie ist soeben im Buchhandel erschienen. Die Original-Ausgabe hat bereits die 16. Auflage erreicht. —

Ueber die am vorigen Donnerstag stattgehabte Erstaufführung des „Fuhrmann Henschel“ am Burgtheater in Wien schreibt Speidel in der Neuen Freien Presse: „Das Ereignis dieses Winters ist die heutige Aufführung des Gerhart Hauptmannschen Schauspiels „Fuhrmann Henschel“. Wenn wir Ereignis sagen, so liegt das mehr am Stücke selbst, das, wie allgemein angenommen wird, ein naturalistisches Meisterstück ist, als an der Aufnahme des Stückes. Zwar die Hauptmann-Gemeinde nahm das Werk mit einer so überquellenden Begeisterung auf, daß der Dichter nicht oft genug vor der Rampe erscheinen konnte; aber das eigentliche Burgtheater ist von der Dichtung fremdartig berührt worden. Man fühlte wohl die Macht der Charakteristik, aber mit dem Milieu des Schauspiels konnte man sich nicht recht befreunden. . . . „Man kann auf das weitere Schicksal des Hauptmannschen Schauspiels gespannt sein. Etwas paradox kann man sagen: es hat Erfolg gehabt, aber es hat nicht gefallen.“ —

Die Ausstellungs-Kommissionen der Berliner Kunstausstellung 1899 und des Künstlerhauses haben Schritte gethan, um die besten Künstler aller Richtungen in allen deutschen Kunststädten zur Teilnahme an den Veranstaltungen zu gewinnen. —

300 Frank hat die Redaktion des „Weinfreund“ in Zürich als Preis für das beste Original-Feuilleton ausgesetzt. Das Feuilleton (Erzählung, Novelle, Humoreske, Plauderei) muß einen Stoff aus der Weinbranche behandeln. Umfang: 300 Druckzeilen. —

In einer Zuschrift an ein Berliner Blatt äußert sich Walter Leistikow, der Schriftführer der „Berliner Sezession“, über deren Ziele: „Die kleinen Kunstsalons wenden sich an ein kleines, wohlhabendes Publikum, das Geld und Zeit übrig hat, alle drei Wochen die sämtlichen Salons abzusuchen. Unser Ehrgeiz geht weiter. Wir wollen das große Publikum. Wir wollen nicht nur gekauft werden, wir wollen auch verstanden werden von den breiteren Massen, wir wollen diesen vielen Gelegenheit geben, gutes zu sehen, Kunst lieben und verstehen zu lernen. So fassen wir eine kulturelle Aufgabe an. Und hierin wünschen wir und hoffen wir auf den Beistand aller, die es ehrlich meinen mit Kunst und Kunstgesittung.“ —

Eine fünfsprachige Monatsschrift für Geflügelzucht erscheint seit dem 1. November 1898 in Petersburg. —

Vermischte Nachrichten.

Aus London wird dem Berliner Tageblatt berichtet: Aus Parrs Bank verschwanden aus einer nur den Kassierern zugänglichen Schublade für eineinviertel Million Mark Pfundnoten. Es fehlt bis jetzt jede Spur über den Verbleib des Geldes. Bei dem Personal, dessen Durchsuchung erfolgte, wurde nichts gefunden. —

Ländlich — sittlich! Ein sonderbares Vorkommnis hat sich in einem Dorfe bei Brandenburg zugetragen. Dort wurde eine Frau vor kurzem schwer krank, so daß ihr baldiger Tod sicher erschien. Infolge dessen versammelten sich an ihrem Bett die lieben Angehörigen, um vor allem über die Verteilung der geringen Habe Rat zu halten. Als man glaubte, daß bald das letzte Stündlein der Kranken schlagen würde, ging man an die Teilung und schleppte vor den Augen der vermeintlichen Todeskandidatin die geringwertigen Habseligkeiten fort. Wider ihr Erwarten wurde die Frau aber gesund und nun mußten die voreiligen Erben alles wieder in deren Wohnung zurücktragen. —

Eine telegraphische Verbindung nach Marconi's System. Die italienische Regierung plant zwischen Messina und Reggio eine telegraphische Verbindung nach dem System Marconi, also ohne Drahtleitung, herzustellen. An diese Meerenge knüpft bekanntlich das Altertum die Sage von der Scylla und der Charybdis. —

Die größte Eisenbahnbrücke der Welt wird zweifellos die Brücke der sibirischen Eisenbahn über den Jenissei werden. Ihre Baukosten belaufen sich auf 2 279 950 Rubel. Ursprünglich sollte sie erst im Frühjahr 1900 fertig gestellt sein. Nach den jetzigen Nachrichten wird die Eröffnung aber bereits im nächsten Mai erfolgen können. Der Bau ist ganz in Stein und Eisen ausgeführt. —

Flugmaschinen in Amerika. Es wird aus Newyork berichtet, daß in dem Festungsdienst der Vereinigten Staaten ausgedehnte Versuche mit Flugmaschinen unternommen werden sollen, für die vorläufig 100 000 Mark ausgesetzt sind. Es wird auch erwartet, daß die mit einem Ballon vereinigte Flugmaschine des Doktor Danilewski aus Charkow, die in Rußland bedeutend Aufsehen gemacht hat, nach Amerika wandern wird, um dort weiteren Versuchen unterworfen zu werden. —

Heiteres.

Falsch verstanden. Dame (zum Bergführer): „Sind Sie nicht auch immer wie berauscht bei diesem herrlichen Anblick?“ Führer: „Manchmal scho', aber heunt han i no nix trunka.“ —

* * *

Ein braves Weib. „Dem Sepp sei' Alte is a gute Frau! Weil der Arme kein Bier mehr trinken darf, giebt sie ihm sei' Medizin immer im — Maßkrug!“ —

* * *

Seine Ansicht . . . „Genie bleibt Genie, Herr Kommerzienrat! Man kann auch ohne Arme ein großer Maler sein!“ „Ae Maler vielleicht — aber ä Redner??!“

* * *

Ersatz. „. . . Was fällt Ihnen denn ein, Herr Müller, mit dem Brummkreisel zu spielen? Ist das eine Beschäftigung für einen Mann?!“ — „Ja wissen S', Frau Huber, seit mei' Alte gestorben, war's immer so unheimlich still im Zimmer!“ —

(Flieg. Bl.)

Aus der Komödie des Lebens.

Das Neue Wiener Journal veröffentlicht die folgende dramatische Scene:

Handelnde Personen:

Ein Schriftsteller.
Ein Schauspieler.

Schauplatz der Handlung:

Ein fashionables Wiener Restaurant.

Erste Scene.

Der Schriftsteller (sitzt nach Mitternacht, etwas ärgerlich, beim Souper, sieht wiederholt gelangweilt nach der Uhr, ruft endlich): „Zahlen!“

Zweite Scene.

Der Schauspieler. Der Vorige.

Der Schauspier (flotter, junger Mann tritt ein, summt ein Liedchen, während der Kellner ihm den Pelz abnimmt, sieht sich um, bemerkt den Schriftsteller, eilt auf ihn zu): Darf ich bei Ihnen Platz nehmen, Herr Doktor?

Der Schriftsteller: Bitte!

Der Schauspieler (bestellt ein Glas Bier): Ach, Doktor, was wir für einen Spaß aufgeführt haben. Ich und die X. Das ist zum totlachen. Darf ich Ihnen den Scherz erzählen?

Der Schriftsteller (angeregt): Ich bitte darum.

Der Schauspieler: Ich komme heute abend aus der Garderobe. Die X. steht da schon umgekleidet, sieht finster vor sich hin. Was ist denn, frage ich sie. „Denke Dir,“ erwidert sie. „So 'was ekelhaftes. Mich erwarten heute zwei vor dem Theater. Ein Berliner Journalist und ein Wiener Journalist. Beide haben mich zum Souper geladen, beiden konnte ich kein Refus geben.“ — „Mit wem gehst Du,“ frage ich. — „Lieber Freund, mir sind beide gleich zuwider. Wenn ich wüßte, wie ich loskomme. Morgen schreibe ich ihnen dann irgend eine Ausrede.“ — Ich sage ihr darauf: „Wo warten die zwei?“ — Der eine an der einen, der andere an der anderen Ecke.“ — „Und Dein Wagen?“ — „Steht vor dem Theater!“ — „Paß auf, Du ziehst den Schleier tief herab, schlägst den Mantelkragen hoch empor, wir schlüpfen rasch in Dein Coupé, und Du soupierst mit mir.“ — Sie lacht, findet das reizend, wir führen den Plan aus, und die armen zwei Verliebten stehen vielleicht jetzt noch dort und frieren sich aus.

Schriftsteller (trocken): O nein!

Schauspieler (sieht ihn groß an): Wie?

Schriftsteller (kurz): Stehen nicht mehr dort! Wenigstens der eine nicht! Kann ich Ihnen genau sagen.

Schauspieler (kopfschüttelnd): Wieso?

Schriftsteller (sich erhebend): Der eine war ich.

Tableau!